

Göttinger Gespräche zur Geschichtswissenschaft
Band 5
Geschlechtergeschichte und Allgemeine Geschichte
Herausforderungen und Perspektiven

Geschlechtergeschichte
und Allgemeine Geschichte
Herausforderungen und Perspektiven

Mit Beiträgen von
Karin Hausen, Lynn Hunt, Thomas Kühne,
Gianna Pomata und Helmut Puff

Herausgegeben von
HANS MEDICK und ANNE-CHARLOTTE TREPP

MAX-PLANCK-INSTITUT FÜR GESCHICHTE
GÖTTINGEN 1998



WALLSTEIN VERLAG

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Geschlechtergeschichte und Allgemeine Geschichte :
Herausforderungen und Perspektiven /
hrsg. von Hans Medick und Anne-Charlott Trepp. –
Göttingen : Wallstein-Verl. 1998

(Göttinger Gespräche zur Geschichtswissenschaft ; Band 5)

ISBN 3-89244-282-7

INHALT

Vorwort

7

KARIN HAUSEN

Die Nicht-Einheit der Geschichte als historiographische
Herausforderung. Zur historischen Relevanz und
Anstößigkeit der Geschlechtergeschichte

15

LYNN HUNT

The Challenge of Gender. Deconstruction of Categories
and Reconstruction of Narratives in Gender History

57

GIANNA POMATA

Close-Ups and Long Shots: Combining Particular and
General in Writing the Histories of Women and Men

99

HELMUT PUFF

Männergeschichten / Frauengeschichten. Über den
Nutzen einer Geschichte der Homosexualitäten

125

THOMAS KÜHNE

Staatspolitik, Frauenpolitik, Männerpolitik:
Politikgeschichte als Geschlechtergeschichte

171

Anregungen zur weiteren Lektüre

232

Autorinnen und Autoren

236

© Wallstein Verlag 1998
Vom Verlag gesetzt aus der Stempel Garamond
Printed in Germany

ISBN 3-89244-282-7

THOMAS KÜHNE

Staatspolitik, Frauenpolitik, Männerpolitik:
Politikgeschichte als Geschlechtergeschichte

Vorwort

Geschlechtergeschichte als Allgemeine Geschichte, Allgemeine Geschichte als Geschlechtergeschichte? Wie sieht eine Geschlechtergeschichte aus, die sich auch als Allgemeine Geschichte versteht, wie eine Allgemeine Geschichte, die das Potential der Geschlechtergeschichte konstruktiv nutzt? Was leistet die Kategorie »Geschlecht« in der Historiographie? Was bietet sie jenseits der Dekonstruktion und Partikularisierung der Geschichte? Kann und soll sie überhaupt Wege zu neuen Synthesen aufzeigen? Oder besteht in diesem Fall die Gefahr, daß der gesellschaftskritische und wissenschaftskritische Ansatz der Geschlechtergeschichte verloren geht? Dies waren die Ausgangsfragen der Tagung, die am 26. und 27. Juli 1996 im Max-Planck-Institut für Geschichte stattfand und aus der die Beiträge dieses Bandes hervorgegangen sind.

Das Ziel der ursprünglichen Veranstaltung war ein zweifaches: zum einen sollte eine Zwischenbilanz der Geschlechtergeschichte gezogen werden. Zu prüfen war die Frage, inwiefern sich die kategoriale und thematische Erweiterung der Frauengeschichte durch die Geschlechtergeschichte als Annäherung an die Allgemeine Geschichte begreifen läßt. Zum anderen aber ging es darum, die Herausforderungen und Anstöße zu diskutieren,

welche die Geschlechtergeschichte für eine Geschichtswissenschaft bereithält, die den Kanon ihrer Themen, Fragestellungen und Konzepte immer noch überwiegend unter Absehen von der Geschlechtergeschichte definiert. Wie ändern sich dieser Kanon und die Wahrnehmung dessen, was allgemein, verallgemeinerbar und relevant ist in der Geschichte, wenn sie nicht mehr an einem Modell von Politik, Gesellschaft und Kultur ausgerichtet sind, in dem Geschlechterbeziehungen nicht vorkommen? Wo bleibt der Allgemeinheitsanspruch der Allgemeinen Geschichte, wenn er sich der epistemologischen Herausforderung der Geschlechtergeschichte stellen muß, die ihren eigenen kritischen Ansatzpunkt gerade als den einer »Partikulargeschichte« begriff, welche die umfassenden Meistererzählungen von der Entstehung der modernen Welt dekonstruiert?

Als Leitmotiv unserer Diskussionsrunde wie auch der hier versammelten Beiträge könnte die offene Frage gelten: Wie kann eine zukünftige Geschichtswissenschaft aussehen, in welcher die Geschlechtergeschichte nicht nur als Anbau ans Haus der Allgemeinen Geschichte akzeptiert wird, oder bestenfalls als ein abgeschlossener Raum innerhalb dieses »Hauses mit vielen Zimmern« (Jürgen Kocka), sondern als eine Aufforderung zum Umbau des »ganzen Hauses«?

Die Herausforderung besteht zunächst darin, daß die Geschlechtergeschichte die Grundannahmen der bisherigen Historiographie, ihre Kategorien und ihre Periodisierungen, ihre dichotomischen Denkmuster und nicht zuletzt ihre festgefühten Relevanzkriterien in Frage stellt. So steht die mittlerweile fast schon klassisch gewordene Frage von Joan Kelly »Did Women Have a

Renaissance?«¹ exemplarisch für die anhaltende Diskussion, ob die üblichen Epochenereignisse, die an übergreifenden Transformations- und Reformationsprozessen oder an politischen Großereignissen wie Revolutionen und Kriegen festgemacht werden, tatsächlich für die weibliche Hälfte der Menschheit von derselben Bedeutung waren wie für die männliche. Desgleichen stellt die Geschlechtergeschichte gesellschaftlich dominante Wertungen und ihre in der Geschichtswissenschaft reproduzierten Denkmuster in Frage. Sie legt zum Beispiel die gängigen Dichotomisierungen »Kultur« und »Natur«, »Öffentlichkeit« und »Privatheit« als geschlechtsspezifisch konnotierte gesellschaftliche Konstruktionen offen, die wesentlich zur Definition dessen beigetragen haben, was als historisch relevant galt und was nicht.

Aber die Geschlechtergeschichte leistet mehr als die Dekonstruktion von großen Geschichtsbildern, kategorialen Grundannahmen und umfassenden historischen Interpretationen. Ihre Kritik an den von männlichen Sichtweisen geprägten Paradigmen und Inhalten der Allgemeinen Geschichte geht zunehmend einher mit einem intensiven re-konstruktiven Anspruch. Geschlechtergeschichtliche Fragestellungen sind in den letzten Jahren als zentrale Untersuchungsperspektiven und Themen in die Erforschung, Diskussion und Darstellung von Fragen der Politikgeschichte, der Kulturgeschichte, aber auch der Gesellschafts-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte eingegangen.

¹ Joan Kelly, »Did Women Have a Renaissance?« (1977), in: Joan Kelly, *Women, History and Theory*, Chicago 1984, S. 19-12.

Aus der Vielzahl der Beispiele seien hier nur einige besonders charakteristische hervorgehoben: So hat sich etwa Isabel V. Hull einem der Kernthemen der politischen Geschichtsschreibung zugewandt.² Ihre Untersuchung der Entstehungsbedingungen und Wirkungen frühneuzeitlicher Staatlichkeit in Deutschland kommt zu Ergebnissen, die keineswegs Modellvorstellungen entsprechen, welche die Historiker des Absolutismus mit dem Konzept der Sozialdisziplinierung verbunden haben. Hull zeigt eine differenzierende Geschlechterpolitik der frühneuzeitlichen Staaten, die nicht durchgängig im Sinne männlich-patriarchalischer Normen praktiziert wurde. Gerade diese geschlechtliche Differenzierung wird von ihr als wesentliche Dimension der Konstitution und Legitimation von Staatlichkeit in der Frühen Neuzeit nachgewiesen. Ihr weiterführender provozierender Befund ist, daß die Geschlechterpolitik aufklärerabsolutistischer »Policey« zu größerer Gleichheit tendierte als die der Institutionen der späteren liberal-bürgerlichen Gesellschaft. Im Unterschied zu Hull geht es Natalie Z. Davis auf ihrem Weg der Geschlechtergeschichte nicht um Fragen politischer Herrschaft oder einer neuen Sicht epochaler Transformationsprozesse. Ihre mikroanalytisch genaue, kontextualisierende Untersuchung von »Drei Frauenleben«³ der in absehbarer Zeit eine Parallel-

untersuchung zu »Men on the Margins« an die Seite gestellt werden soll, ist der historisch-anthropologische Versuch einer »Geschichte der Möglichkeiten« von Person und Selbst in der Frühen Neuzeit. Davis zeigt die kreativen Handlungsspielräume von Frauen im 17. Jahrhundert auf, die sich gerade deren gesellschaftlichen Marginalpositionen verdankten, abseits der Zentren politischer und religiöser Macht. Sie bietet ein überzeugendes Beispiel einer frauen- und geschlechtergeschichtlichen Mikrogeschichte, die sich vorschnellen verallgemeinernden Bezügen bewußt entzieht.

Wie sich die Kategorie »Geschlecht« im Laufe des 19. Jahrhunderts zu einer gesellschaftlichen Ordnungskategorie ersten Ranges entwickelte, hat besonders Ute Frevert in ihren Untersuchungen zu Geschlechterverhältnissen in der Moderne gezeigt.⁴ In dem Maße, wie sich »Geschlecht« als Kategorie der »Differenz« – auf der Ebene der sozialen Praxis ebenso wie auf der des Diskurses – zu einem konstitutiven Strukturelement der bürgerlichen Gesellschaft steigerte, hat diese ihrerseits die Geschlechterdifferenz immer wieder neu hergestellt und mithin auch zementiert. Wenn sich im Ergebnis ihrer Untersuchungen zeigt, daß sich Männlichkeit und Weiblichkeit, Rationalität und Emotionalität wie auch Öffentlichkeit und Privatheit als wirkungsmächtige dualistische Konstruktionen gegenüberstanden, so kann diese Sichtweise auf »zentrale Fluchtpunkte« der Moderne von einer anderen Position aus in Frage gestellt werden. So betont

2 Isabel V. Hull, *Sexuality, State and Civil Society in Germany, 1700–1815*, Ithaca/London 1996.

3 Natalie Zemon Davis, *Drei Frauenleben. Glöckl, Marie de l'Incarnation, Maria Sibylla Merian*, Berlin 1995; der englischsprachige Originaltitel ist treffender: *Women on the Margins. Three Seventeenth Century Lives*, Cambridge (Mass.) 1995.

4 Ute Frevert, *Mann und Weib, und Weib und Mann. Geschlechter-Differenzen in der Moderne*, München 1995.

Carola Lipp in ihrer Analyse der Geschlechterbeziehungen zur Zeit der Revolution von 1848/49⁵ weniger das Moment der Abgrenzung als das der Durchlässigkeit und Interferenz. Lipp zufolge waren die Grenzbeziehungen zwischen dem Öffentlichen und dem Privaten in derselben historischen Phase, in der ihre Trennung normativ festgeschrieben wurde, in der sozialen Praxis noch keineswegs vollzogen. Vorstellungen, die wir heute der Privatsphäre zuordnen, waren im öffentlichen Raum präsent; Öffentliches und Privates durchdrangen einander. Die zeitgenössischen Vereine zum Beispiel waren damals nicht nur ein Raum öffentlicher Kommunikation, sondern zugleich auch Teil einer erweiterten Familie; umgekehrt war die soziale Öffnung der bürgerlichen Familie weit stärker als lange angenommen. Diese engen Verflechtungen von Vereins- und Familienleben stärkten nicht nur eine öffentliche Gemeinsamkeit der Geschlechter, sondern trugen auch maßgeblich zur Kontinuität der liberalen Bewegung im Vormärz und zu ihrer Dynamik 1848 bei.

Die Geschlechtergeschichte zeigt sich, wie diese Beispiele deutlich machen, in ihrem gegenwärtigen Stadium keineswegs als eine methodisch, konzeptuell und inhalt-

⁵ Carola Lipp, »Das Private im Öffentlichen. Geschlechterbeziehungen im symbolischen Diskurs der Revolution 1848/49«, in: *Frauengeschichte – Geschlechtergeschichte*, hg. von Karin Hausen und Heide Wunder, Frankfurt a.M./New York 1992, S. 99–116; vgl. *Schimpfende Weiber und patriotische Jungfrauen. Frauen im Vormärz und in der Revolution 1848/49*, hg. von Carola Lipp, Bühl/Moos 1986.

lich geschlossene Bewegung, sondern als ein in sich kontroverses, spannungsreiches Forschungs- und Diskussionsfeld. Auch die Beiträge dieses Bandes dokumentieren diese Dynamik, deren interessantestes Forschungsgebiet vielleicht zur Zeit die Geschichte der Männer und Männlichkeiten und die Geschichte weiblicher und männlicher Homosexualitäten sind. Besonders kontrovers erscheinen indessen die konzeptionellen Überlegungen zur Positionierung der Geschlechtergeschichte in einer zukünftigen Allgemeinen Geschichte.

Hier reichen die Vorstellungen der Autorinnen und Autoren dieses Bandes vom Plädoyer für eine »Vielfalt« bzw. »Nicht-Einheit« der Geschichte als historiographisches Programm »mehrsinniger Relevanzen« bis zur Befürwortung der gezielten Einmischung der Geschlechtergeschichte in die Konzeption neuer umfassender »Metanarratives«, die für die neuzeitliche Modernität eine komplexere Bilanz eröffnen als bisher.

Der Blick auf die gegenwärtige Diskussion zeigt, daß sich die Impulse der Geschlechtergeschichte insofern als wirksam erweisen, als sich unsere Gegenstandsbestimmungen und Relevanzkriterien dessen, was Allgemeine Geschichte sei, zu ändern beginnen und ihre herkömmlichen Bestimmungen problematisch geworden sind. Gleichwohl scheinen die Geschichtswissenschaften noch weit von einem Zustand entfernt zu sein, in dem auf die spezifischen Herausforderungen der Geschlechtergeschichte dadurch verzichtet werden könnte, daß sie zum selbstverständlichen Bestandteil der Allgemeinen Geschichte geworden sind. Dorothee Wierling hat eine solche Entwicklung zum Zukunftsprogramm erhoben, wenn sie provokant dafür plädiert: »Keine Frauenge-

schiehte nach dem Jahr 2000!«⁶ Sie sieht eine Geschichtskultur mit einer neuen Dynamik historischen Problematisierens, Argumentierens, Kommunizierens und Darstellens voraus, an der Frauen und Männer mit gleichen Möglichkeiten und Chancen teilnehmen und in der hierdurch die Herausforderungen der Geschlechtergeschichte gewissermaßen positiv aufgehoben sind: »Es fällt jede thematische Begrenzung weg. Auch die Vorabfestlegung der zentralen Bedeutung der Geschlechtskategorie läßt sich nicht halten, denn der Untersuchungsweg führt zwar immer über den Pfad der Frage nach dem Geschlechtersystem, bleibt aber offen und neugierig für andere Kategorien und Begegnungen – Begegnungen auch mit Männern, nicht nur als Untersuchungsobjekten, sondern auch als Autoren, Theoretikern und Mitforschern.«⁷ Wir hoffen, daß dieser Band einen Schritt auf dem Weg zu diesem Ziel bedeutet.

Göttingen, Juni 1998

Hans Medick / Anne-Charlott Trepp

- 6 Dorothee Wierling, »Keine Frauengeschichte nach dem Jahr 2000!«, in: *Geschichtswissenschaft vor 2000. Perspektiven der Historiographiegeschichte, Geschichtstheorie, Sozial- und Kulturgeschichte. Festschrift für Georg Iggers*, hg. von Konrad Jarasch, Jörn Rüsen und Hans Schleier, Redaktion: Horst Walter Blanke, Hagen 1994, S. 440-456.
- 7 Dorothee Wierling, »Keine Frauengeschichte nach dem Jahr 2000!«, S. 454.

I.

Die klassische, um das staatliche Handeln kreisende Politikgeschichte gehört zu den Erscheinungsformen der »allgemeinen« Geschichte, die sich vom *gender*-Ansatz bisher am wenigsten herausgefordert gefühlt haben. Gleich von welcher Perspektive sie ihren Gegenstand angeht, der Kategorie Geschlecht wird im *main stream* der Geschichte politischer Ideen, Persönlichkeiten und Institutionen, internationaler Beziehungen, der Regierungs-, Verfassungs-, Verwaltungs-, Parteien- und Wahlsysteme und der verschiedenen Politikfelder kaum Bedeutung beigemessen. Lediglich in der historischen Wahlsoziologie hat die Frage nach dem unterschiedlichen Stimmverhalten der Geschlechter eine gewisse, vor allem im Hinblick auf den Aufstieg der NSDAP diskutierte Bedeutung.¹ Die gegenwartsorientierte Politikwissenschaft stellt sich nicht grundsätzlich anders dar, wenn auch feministische Ansätze dort Kontroversen ausgelöst haben, die teilweise schon in Handbücher und Nachschlagewerke Einzug halten.²

¹ Vgl. Helen Boak, »Our last Hope: Women's Vote for Hitler«, in: *German Studies Review*, 12 (1989), S. 289-310; Jürgen W. Falter, *Hitlers Wähler*, München 1991, S. 139-143. Vgl. allgemein Gerhard A. Ritter, »Frauen als Wähler in Deutschland«, in: *Der Aquädukt 1763-1988. Ein Almanach aus dem Verlag C.H. Beck im 25. Jahr seines Bestehens*, München 1988, S. 438-455.

² Freilich sehr spätlich, Andrea Ebbecke-Nohlen und Dieter Nohlen, »Feministische Ansätze«, in: *Lexikon der Politik, Bd. 2: Politikwissenschaftliche Methoden*, hg. von Jürgen Kriz, Dieter Nohlen und Rainer-Olaf Schultze, München 1994, S. 130-137, hier auch über die defizitären Seiten;

Nicht nur der praktischen Politik, sondern gerade auch der Politikwissenschaft und der Politikgeschichte gilt die feministische Kritik an der faktischen »Eingeschlechtlichkeit« politischer Herrschaft und der »entgeschlechtlichen« Verschleierungsideologie, mit der dieser »Maskulinitismus« der Politik³ und seine Absicherung in der Wissenschaft kaschiert werde.⁴ Der moderne Staat ist »männlichen Geschlechts«,⁵ aber er bekennt sich nicht

Hans-Georg Heinrich, *Einführung in die Politikwissenschaft*, Wien/Köln 1989, S. 64-67. Eine leider auf weite Strecken undifferenzierte Kritik bietet Klaus von Beyme, *Theorie der Politik im 20. Jahrhundert. Von der Moderne zur Postmoderne*, 2. Aufl., Frankfurt a.M. 1992, S. 296-321, vgl. hierzu Birgit Meyer, *Frauen im Männerbund. Politikerinnen in Führungspositionen von der Nachkriegszeit bis heute*, Frankfurt a.M./New York 1997, S. 35-37.

3 Eva Kreisky, »Aspekte der Dialektik von Politik und Geschlecht. Plädoyer gegen geschlechtshaltigere Wahrheiten und Blickrichtungen in der Politikwissenschaft«, in: *Feministische Politikwissenschaft*, hg. von Erna Appelt und Gerda Neve, Wien 1994, S. 13-36, S. 15.

4 Vgl. auch Wendy Brown, »Finding the Man in the State«, in: *Feminist Studies*, 18 (1992), S. 7-34; Wendy Brown, *Motherhood and Politics. A Feminist Reading in Political Theory*, Totowa 1987; *Revisioning the Political. Feminist Reconstructions of Traditional Concepts in Western Political Theory*, hg. von Nancy J. Hirschmann und Christine Di Stefano, Boulder/San Francisco/Oxford 1997; Jennifer Ring, *Modern Political Theory and Contemporary Feminism. A Dialectical Analysis*, Albany 1991.

5 Ute Frevert, »Unser Staat ist männlichen Geschlechts«. Zur politischen Topographie der Geschlechter vom 18. bis frühen 20. Jahrhundert«, in: Ute Frevert, »Mann und Weib, und Weib und Mann«. *Geschlechter-Differenzen in der Moderne*, München 1995, S. 61-132.

gern dazu. Vor allem auf vier Ebenen wird die »Geschlechtshalbertheit«⁶ des Staates festgemacht: Schon die frühneuzeitlichen und aufklärerischen *Ideen* vom Staat als Produkt eines Gesellschaftsvertrages freier Individuen seien eine männliche Fiktion, beruhe dieser Staat doch auf dem systematischen Ausschluss der Frauen. Zweitens wird auf die männlich exklusive Nationalstaatsbildung im 19. Jahrhundert verwiesen. Das *Verfassungsrecht* kopelte die Staatsbürgerschaft an den Militärdienst und schloß Frauen von der Partizipation an der Staatspolitik aus.⁷ Drittens läßt sich für die These vom halbierten Staat die »männerbündische Verfaßtheit staatlicher Bürokratie«⁸ anführen, also die Tatsache, daß die *Institutionen* der staatlichen Macht im langen 19. Jahrhundert ausschließlich und danach ganz überwiegend mit Männern bestückt waren. Die vierte Ebene gilt den *policies*: Der *ort-pat* staatlichen Handelns und staatlicher Entscheidungen betraf Frauen und Männer in ganz unterschiedlichem Maße.

6 Teresa Kulawik und Birgit Sauer, »Staatsstätigkeit und Geschlechterverhältnisse. Eine Einführung«, in: *Der halbierte Staat. Grundlagen feministischer Politikwissenschaft*, hg. von Teresa Kulawik und Birgit Sauer, Frankfurt a.M./New York 1996, S. 9-44, S. 11 f., auch zum Folgenden.

7 Vgl. Anje Wiener, »StaatsbürgerInnenenschaft im Kontext: Staatsangehörigkeit und Zugehörigkeit«, in: *Staat*, hg. von Kulawik und Sauer, S. 105-133. Für die historische Aufarbeitung vgl. u.a. Ute Frevert, »Soldaten, Staatsbürger. Überlegungen zur historischen Konstruktion von Männlichkeit«, in: *Männergeschichte – Geschlechtergeschichte. Männlichkeit im Wandel der Moderne*, hg. von Thomas Kühne, Frankfurt a.M./New York 1996, S. 69-87.

8 Kulawik und Sauer, »Staatsstätigkeit«, S. 12.

Die ideologische Absicherung der männlichen Exklusivität des Staates bediente sich seit der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert zweier aufeinander bezogener Strategien. Die eine bestand in der Polarisierung der Geschlechtercharaktere, die dem Mann die öffentliche und damit staatliche, der Frau die private Sphäre der Familie und des Haushalts zuwies. Dieses Konstrukt einer Dichotomie zwischen Öffentlichkeit und Privatsphäre wurde in ein naturhaftes, biologisches Koordinatensystem eingelassen und damit als unveränderbar ausgegeben. Gleichzeitig wurde andererseits der Mann über sein Geschlecht hinausgehoben. Anders als noch im 18. Jahrhundert billigte ihm die Anthropologie des 19. Jahrhunderts zu, sich von seinen Sexualfunktionen und damit von seinem Geschlecht ablösen zu können, während die Frau ihrem Geschlecht qua Natur unweigerlich verhaftet bleibe. So stand das männliche nicht mehr auf einer Ebene mit dem weiblichen Geschlecht, sondern wurde als das »allgemein Menschliche« neu konstruiert. Konversationslexika ersparten sich nun weithin den Artikel »Mann« (als Pendant zu dem über die Frau) und verwiesen von dort auf den Eintrag »Mensch«. In der Rede vom »allgemeinen«, tatsächlich aber nur männlichen Wahlrecht schlug sich diese »Gleichsetzung von Mann und Mensch, von männlich und allgemein«⁹ in besonders sinnfälliger Weise nieder.

9 Ute Frevert, »Männergeschichte oder die Suche nach dem ›ersten Geschlecht«, in: *Was ist Gesellschaftsgeschichte? Positionen, Themen, Analysen*, hg. von Manfred Hertling, Claudia Huertkamp, Paul Nolte und Hans-Walter Schmuhl, München 1991, S. 31-43, S. 33; auch zum Vorhergehenden.

Die Expansion der Human-, Geistes- und Sozialwissenschaften und damit auch der Politik- und Geschichtswissenschaften im 20. Jahrhundert perfektionierte die Strategien zur Verhüllung der geschlechtlichen Exklusivität staatlichen Handelns und staatlicher Strukturen noch. Das gilt nicht nur für die politische Ideen-, Diplomatie- und Verfassungsgeschichte, sondern auch für die in den 60er Jahren konzipierte politische Sozial- und die seit den späten 70er Jahren begründete politische Kulturgeschichte. Die politische Sozialgeschichte tendierte dazu, politische Ideen, Institutionen, Entscheidungen und Konflikte auf Epiphänomene sozialer Ungleichheit und sozioökonomischer Gegensätze zu reduzieren. Die Political-Culture-Forschung gab der Politik zwar eine gewisse Eigendynamik zurück, indem sie den Blick auf die Werte, Normen und Vorstellungen richtete, die der Deutung politischer Wirklichkeiten und Möglichkeiten zugrundeliegen und politisches Handeln bestimmen. Aber der Impetus, mit dem dieser Ansatz unbewußte Deutungssysteme durchleuchtete, reichte nicht aus, um die Verankerung der modernen Staatspolitik in der Geschlechterasymmetrie zu analysieren. Der wegweisende Systemvergleich der westlichen politischen Kulturen von Gabriel Almond und Sidney Verba aus den frühen 60er Jahren reproduzierte dieses Konstrukt, indem er von der Norm eines »gesunden« Mischungsverhältnisses zwischen aktiven, partizipatorischen Elementen und passiv-apatthischen, parochialen Elementen ausging. Frauen wurden dabei auf »eine unpolitisch->private Rolle geradezu festgeschrieben«, indem ihnen ein »mäßiger« parochial-unpolitischer Einfluß« attestiert wurde, »der im gesamt-politischen Haushalt das notwendige Mischungsverhältnis

nis von Apathie und beschränkter Aktivität herstellt. [...] Die Geschlechterasymmetrie kann somit gar nicht kritisch in den Blick genommen werden, weil sie der politisch-strukturellen Bauart westlich-demokratischer Systeme angemessen ist.«¹⁰

Es wäre nun allerdings ganz und gar irreführend, wenn sich eine Betrachtung des Verhältnisses von Politik- und Geschlechtergeschichte auf diese Negativbilanz beschränken würde. Die Frauen- und Geschlechtergeschichte hat im letzten Vierteljahrhundert beträchtliche Anstrengungen unternommen, die Rolle von Frauen in der Politik und in der »Öffentlichkeit« sichtbar zu machen, und sie hat darüber hinaus auf die Problematik eines auf das staatliche Handeln fixierten Politikverständnisses aufmerksam gemacht. Sie hat damit die vermeintliche Geschlechtslosigkeit der politikgeschichtlichen Untersuchungsfelder grundsätzlich in Frage gestellt und die Bedeutung der Kategorie Geschlecht für die normativen, institutionellen und prozessualen Dimensionen staatlicher Politik beleuchtet. Im folgenden werden daher zunächst einige Grundzüge und Grundprobleme dieser Forschungen rekapituliert (II.), um die Frage zu beantworten, was es heißt, Politikgeschichte als Geschlechtergeschichte zu betreiben. Anschließend wird im Hinblick darauf (III.) nach den Möglichkeiten einer geschlechtergeschichtlichen Innenperspektive des »männlichen« Staates

res gefragt, die bisher äußerst spärlich und meist formelhaft ins Blickfeld der Historie gekommen ist.

II.

Geschlechtergeschichte hat sich konstituiert als Frauengeschichte. Sie bezog ihren Antrieb daraus, Frauen als das »unsichtbare« Geschlecht sichtbar zu machen. Sie wollte und konnte zeigen, daß Frauenerfahrungen und Frauengeschichten nicht in dem aufgehen, was die moderne, exklusiv männliche Human-, Geistes- und Sozialwissenschaft seit ihrer Begründung um 1800 über »den« Menschen herausgefunden zu haben glaubte, indem sie diesen allzu oft, allzu schnell und allzu unreflektiert mit »dem« Mann gleichsetzte.

Die Suche nach den Frauen als Akteurinnen in der politischen Geschichte konzentrierte sich zunächst auf Bereiche, die schnelle Erfolge versprachen. Im Vordergrund des Interesses standen einerseits die historischen Protagonistinnen der Frauenemanzipation und ihre Organisationen, die zum Gegenstand einer Vielzahl institutionen-, ideen- und biographiegeschichtlicher Untersuchungen wurden.¹¹ Diese Arbeiten zur bürgerlichen und sozialdemokratischen Frauenbewegung folgten konzeptionell und methodisch den Ansätzen der auf Persönlichkeiten, Programme und Institutionen gerichteten Politikgeschichte der 60er und 70er Jahre. Sie dokumen-

¹⁰ Birgit Sauer, »Geschlecht als Variable oder Strukturkategorie? Political Culture Revisited«, in: *Feministische Standpunkte in der Politikwissenschaft. Eine Einführung*, hg. von Eva Kreisky und Birgit Sauer, Frankfurt a.M./New York 1995, S. 161-199, S. 172.

¹¹ Zusammenfassend vgl. den neueren Überblick von Ute Gerhard (unter Mitarbeit von Ulla Wischemann), *Unerhört. Die Geschichte der deutschen Frauenbewegung*, Reinbek 1990.

tierten zwar, daß das männliche Politikmonopol auch im 19. Jahrhundert seitens der Frauen nie unangefochten geblieben war, bestätigten aber andererseits doch explizit oder implizit jenes Konstrukt der getrennten Geschlechtersphären, das als dessen Untergrund ausgemacht war: Es gab zwar so etwas wie Frauenpolitik. Aber sie fand abgesehen von der staatlichen Politik und ohne nennenswerten Einfluß auf sie statt,¹² entweder in eigenen Frauenorganisationen wie dem Allgemeinen Deutschen Frauenverein oder dem Bund Deutscher Frauenvereine, nicht zuletzt in den verschiedenen Zweigen der Stimmrechtsbewegung oder aber in Frauenabteilungen der Gewerkschaften, Berufsverbände, konfessionellen Organisationen und politischen Parteien. Innerhalb der männlich dominierten Organisationen blieben Frauen fast durchweg begrenzt auf solche Tätigkeitsfelder, die als dem weiblichen Wesen gemäß definiert und anerkannt waren. Die Ehefrauen der oppositionellen Politiker des 19. Jahrhunderts führten die Arbeit ihrer Männer weiter, solange diese im Gefängnis saßen, sie pflegten die Verwandten der Barrikadenkämpfe, und manche Frauen mochten auch als Beraterinnen ihrer Männer wirken.¹³

Nachdem die Frauen verfassungsrechtlich den Männern gleichgestellt und sogar ministrabel geworden waren, verwalteten sie in Regierungen, Parlamentsausschüssen und Parteiorganisationen die sozialpolitischen Ressorts – meist als »Alibi-Frauen«, denn ihr zahlenmäßiger Anteil an politischen Führungsgremien gleich welcher Art stand stets in scharfem Kontrast zu ihrem Anteil an der Bevölkerung oder der Wählerschaft. Daran hat sich erst in den 1980er Jahren ein wenig geändert, in Deutschland freilich weniger als in den meisten anderen westeuropäischen Ländern.¹⁴

Zumal in den 80er Jahren machte sich ein gewisses Unbehagen an diesem konzeptionellen Traditionalismus der frauengeschichtlichen Anfänge bemerkbar. Carola Lipp konstatierte 1986: »Solange Politik entlang der Geschichte institutioneller Entscheidungsprozesse oder entlang von Bewegungen und Organisationen definiert wird, bleiben Frauen in der politischen Geschichte des 19. Jahrhunderts marginal.« Und: »Frauenverhalten am politischen Handlungs- und Entscheidungsspielraum der Männer zu messen«, führe »zwangsläufig in eine Sackgasse«.¹⁵ Carola Lipp forderte einen »radikalen Per-

12 Vgl. Eye Rosenhaft, »Women, Gender and the Limits of Political History in the Age of Mass Politics«, in: *Elections, Mass Politics and Social Change in Modern Europe. New Perspectives*, hg. von Larry Eugene Jones und James Ral-lack, Cambridge 1992, S. 149-174, S. 150.

13 Sylvia Palesschek, »Frauen im Umbruch. Untersuchungen zu Frauen im Umfeld der deutschen Revolution von 1848/49«, in: *Frauengeschichte: gesucht – gefunden? Auskünfte zum Stand der historischen Frauenforschung*, hg. von Beate

Fieseler und Birgit Schulze, Köln/Weimar/Wien 1991, S. 47-64, S. 55 f.

14 Beate Hoecker, »Zwischen Macht und Ohnmacht. Politische Repräsentation von Frauen in den Staaten der Europäischen Union«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 52/97 vom 19. Dezember 1997, S. 3-14.

15 Carola Lipp, »Vorwort«, in: *Schimpfende Weiber und patriotische Jungfrauen. Frauen im Vormärz und in der Revolution 1848/49*, hg. von Carola Lipp, Moos/Baden-Baden 1986, S. 7-14, S. 8.

spektivenwechsel«, indem sie den Blick auf die Rolle wenig prominenter Frauen in einer politischen Umbruchphase, der Revolution von 1848/49, lenkte. Nicht primär um die relativ kleine Zahl der an den Barrikadenkämpfen beteiligten Frauen ging es dabei, sondern um heute bizarr oder unwichtig erscheinende Partizipationsformen. Sie konnten als spezifischer Ausdruck alltäglicher weiblicher Lebenszusammenhänge begriffen werden. Das Forscherinnenteam um Carola Lipp spürte »schimpfende Weiber und patriotische Jungfrauen« abseits der Haupt- und Staatsaktionen auf – »auf der Straße oder auf dem Markt, in der Schule und am Nähstisch, auf der Ehrentribüne bei Festen und im Ballsaal, im Liederkranz und beim Frauenverein.«¹⁶ Dieses politische Handeln erwuchs aus familiären, »privaten« Kontexten, und die revolutionären Ereignisse wirkten auf diese zurück. Kulminierte die Teilnahme von Unterschichtsfrauen an der Revolution in Brotkrawallen, so demonstrierten bürgerliche Frauen ihre nationale Gesinnung im Konsumverhalten, im Boykott »fremder Stoffe«, im Tragen der »schönen weiblichen Tracht des neuen deutschen Vaterlandes«¹⁷ oder – symbolisch besonders aufgeladen – im Fahnenstücken.¹⁸

Waren in den Unterschichten schon aufgrund des engverflochtenen Erfahrungshorizontes und Lebenszusammenhangs von Männern und Frauen gemeinsame Protestaktionen selbstverständlich, so waren auch bürgerliche Frauen im Vormärz und in der Revolution weitaus häufiger »öffentlich« präsent, als es das zeitgenössische ideologische Konstrukt der »Polarisierung der »Geschlechtscharaktere« Glauben machen wollte.¹⁹ Frauen partizipierten an der männlich dominierten, für die politische Formierung des Bürgertums konstitutiven Geselligkeit, wenn sie auch von bestimmten Bereichen, etwa der Trinkkultur, ausgeschlossen waren.²⁰ Die bürgerlichen Diskussionen des 19. Jahrhunderts um die häuslich-familiäre Bestimmung der Frau konnten daher als

16 Lipp, »Vorwort«, S. 9.

17 Sabine Kienitz, »Aecht deutsche Weiblichkeit«, Mode und Konsum als bürgerliche Frauenpolitik 1848«, in: *Schimpfende Weiber*, hg. von Lipp, S. 310-338, S. 310 u. 317.

18 Tamara Citrovics, »Bräute der Revolution und ihre Helden. Zur politischen Funktion des Fahnenstückens«, in: *Schimpfende Weiber*, hg. von Lipp, S. 339-352.

19 Zu diesem Konstrukt Karin Hausen, »Die Polarisierung der »Geschlechtscharaktere« – Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben«, in: *Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas. Neue Forschungen*, hg. von Werner Conze, Stuttgart 1976, S. 363-393; vgl. Karin Hausen, »Öffentlichkeit und Privatheit. Gesellschaftliche Konstruktionen und die Geschichte der Geschlechterbeziehungen«, in: *Frauengeschichte – Geschlechtergeschichte*, hg. von Karin Hausen und Heide Wunder, Frankfurt a.M./New York 1992, S. 81-88.

20 Carola Lipp, »Frauen und Öffentlichkeit. Möglichkeiten und Grenzen politischer Partizipation im Vormärz und in der Revolution 1848«, in: *Schimpfende Weiber*, hg. von Lipp, S. 270-307. Mit ca. 40% besonders hoch war der Anteil der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Frauen an der deutschkatholischen und freireligiösen Oppositionsbewegung, dazu Sylvia Paletschek, *Frauen und Dissens. Frauen im Deutschkatholizismus und in den freien Gemeinden 1841-1852*, Göttingen 1990.

bloße »Verteidigungsgefechte«, als »Reaktion der Männer auf das sukzessive Vordringen der Frauen auf dem Terrain der bürgerlichen Öffentlichkeit« neu interpretiert werden.²¹

Diese Einsichten und Feststellungen fügten sich in ein breites Spektrum ähnlich ausgerichteter Untersuchungen.²² Sie wiesen einerseits die relativ geringe Aussagekraft der Dichotomie zwischen Privatsphäre und Öffentlichkeit für die soziale Praxis der Geschlechterordnung im 19. Jahrhundert nach, stellten andererseits aber damit auch den auf das staatliche Handeln beschränkten Politikbegriff als Ideologem in Frage. Da Frauen im 19. Jahrhundert von der verfassungsrechtlich definierten Mitwirkung an der staatlichen Politik weitgehend ausgeschlossen waren, blieb ihnen nur die Möglichkeit, auf andere, institutionell weniger verfestigte Partizipationsformen auszuweichen.

Die grundlegende Erweiterung des Politikbegriffs um den Bereich des Spontanen und vor allem des »Privaten« ist zweifellos der Punkt, an dem die traditionelle Politikgeschichte von der Geschlechtergeschichte an nachdrücklichsten herausgefordert wurde. Letztere berührte sich dabei mit den konzeptionellen Neuerungsbewegungen, die seit Ende der 1970er Jahre unter dem Label der

Alltags- und Erfahrungsgeschichte antraten und ebenfalls vorzugsweise unkonventionelle Politikformen in Umbruchphasen, Revolutionen und Protestbewegungen untersuchen. Von kaum zu überschätzendem Einfluß auf diese Bewegung waren E.P. Thompsons mittlerweile in den Rang der Klassiker aufgestiegenen Studien zur »moralischen Ökonomie« der englischen Unterschichten.²³ Die Rezeption und Weiterentwicklung dieses Ansatzes haben in Deutschland – auf unterschiedliche Weise, aber durchweg mit Blick auf die unteren Sozialschichten – vor allem Franz-Josef Brüggemeier, Dieter Groh, Alf Lüdtke, Lutz Niehhammer und Detlev Peukert in die Wege geleitet.²⁴ Obwohl die mit diesen Namen verbun-

23 Edward P. Thompson, *Plebeische Kultur und moralische Ökonomie. Aufsätze zur englischen Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts*. Ausgewählt und eingeleitet von Dieter Groh, Frankfurt a.M./Mann/ Berlin/Wien 1980; vgl. Manfred Galus und Thomas Lindenberger, »Zwanzig Jahre ›moralische Ökonomie‹. Ein sozialhistorisches Konzept ist volljährig geworden«, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 20 (1994), S. 469-477.

21 Lipp, »Frauen und Öffentlichkeit«, S. 271.
22 Vgl. Sabine Lang, »Öffentlichkeit und Geschlechterverhältnis. Überlegungen zu einer Politologie der öffentlichen Sphäre«, in: *Feministische Standpunkte*, hg. von Kreisky und Sauer, S. 83-121; für die 48er Revolution vgl. noch Gabriella Hauch, *Frau Biedermann auf den Barrikaden. Frauenleben in der Wiener Revolution 1848*, Wien 1990.

24 Vgl. dazu den Reader *Alltagsgeschichte. Zur Rekonstruktion historischer Erfahrungen und Lebensweisen*, hg. von Alf Lüdtke, Frankfurt a.M./New York 1989 sowie das Forschungsprogramm von Detlev Peukert, »Arbeiteralltag – Mode oder Methode?« in: *Arbeiteralltag in Stadt und Land. Neue Wege der Geschichtsschreibung*, hg. von Hans Haumann, Berlin 1982, S. 8-39; dazu Geoff Eley, »Wie denken wir über Politik? Alltagsgeschichte und die Kategorie des Politischen«, in: *Alltagskultur, Subjektivität und Geschichte. Zur Theorie und Praxis von Alltagsgeschichte*, hg. von der Berliner Geschichtswerkstatt, Red. Heike Diekwich et al., Münster 1994, S. 17-36; vgl. auch Dieter Lange-

denen Ansätze der Kategorie Geschlecht zunächst wenig Bedeutung beimäßen und insofern die verstreute Androzentrík der Geschichtswissenschaft keineswegs überwinden, haben sie doch mittelbar entscheidend dazu beigetragen, auch männlichen Historikern die Augen für die Relevanz frauengeschichtlicher Fragestellungen zu öffnen. Indem die Alltagsgeschichte den Blick auf die Politik der »kleinen Leute« und die Politik »von unten« richtete, lenkte sie ihn weg von jener Ebene des politischen Handelns, auf der ausschließlich Männer auftraten, und hin zu solchen Lebensbereichen, in denen Männer und Frauen zumindest hin und wieder interagierten.²⁵

Eine »breitere Auffassung von ›Politik‹« im Sinne der Geschlechterforschung beschränkt sich nicht darauf, das Wechselspiel zwischen »privater« und »öffentlicher« Sphäre zu untersuchen. Ihr Ziel ist vielmehr, »solche scheinbaren Dichotomien wie Staat und Familie, öffentlich und privat, Arbeit und Sexualität« überhaupt aufzuheben. Sie trägt »nach den wechselseitigen Verbindungen zwischen Bereichen des Lebens und der gesellschaftlichen Organisation, die heute völlig getrennt voneinander behandelt werden.« Letztlich zielt jenes Politikerver-

ständnis darauf ab, »alle ungleichen Beziehungen als auf die eine oder andere Weise ›politisch‹« anzusehen, weil sie eine »ungleiche Verteilung von Macht und Herrschaft einschließen«, und danach zu fragen, »wie diese begründet, abgelehnt oder aufrechterhalten wird.«²⁶

Diese hier von Joan Wallach Scott umschriebene Erweiterung des traditionellen Politikbegriffs ist maßgeblich durch Foucault geprägt. Sein Interesse an der Mikroebene von Herrschaft, an »kapillaren« Machtbeziehungen, traf sich mit dem von der Geschlechtergeschichte bevorzugten weiten Politikverständnis in mehrfacher, eng aufeinander bezogener Hinsicht: (1) inhaltlich, (2) methodisch und (3) darstellerisch.

Als Exerzierfeld scheinbar peripherer Machtbeziehungen erscheinen (1.) bei Foucault nicht Regierungen, Parlamente oder Bürokratien, sondern der menschliche Körper und die vielfältigen Formen, in denen er in der Neuzeit zum (meist kaschieren) Politikum, zum Gegenstand des Einschreibens von Machtverhältnissen wurde. In Foucaults Perspektive auf die Neuzeit ist der Körper einem umfassenden Prozeß der Disziplinierung unterworfen, der als Normierung und Diskursivierung aufgefaßt wird. Die überall in der Gesellschaft wirksamen Praktiken der Überwachung und Kontrolle beruhen auf Wissen, Normen, Beurteilungen, Definitionen, auf der

wiesche, »Sozialgeschichte und Politische Geschichte«, in: *Sozialgeschichte in Deutschland. Entwicklungen und Perspektiven im internationalen Zusammenhang*, Bd. 1, hg. von Wolfgang Schieder und Volker Sellin, Göttingen 1986, S. 9–32. Auf die Beiträge der Frühneuzeitgeschichte kann hier nicht eingegangen werden.

²⁵ Für die Synthese der geschlechter- und alltagsgeschichtlichen Neuerungen vgl. Karen Hagemann, *Frauenalltag und Männerpolitik. Alltagsleben und gesellschaftliches Handeln von Arbeiterfrauen in der Weimarer Republik*, Bonn 1990.

²⁶ Joan Wallach Scott, »Women's History«, in: *Gender and the Politics of History*, hg. von Joan Wallach Scott, New York 1988, S. 25 f., Übersetzung: Joan Wallach Scott, »Von der Frauen- zur Geschlechtergeschichte«, in: *Geschlechterverhältnisse im historischen Wandel*, hg. von Hanna Schissler, Frankfurt a.M./New York 1993, S. 37–58, S. 50.

Festlegung von Wahrheiten. Foucaults Frage war: »Welches sind die ganz lokalen Machtbeziehungen, die in einer bestimmten historischen Form der Wahrheitszwangung (um den Körper des Kindes, am Sex der Frau, bei den Praktiken der Geburtenbeschränkung usw.) am Werk sind? Wie machen sie diese Arten von Diskursen möglich und wie dienen ihnen umgekehrt diese Diskurse als Basis? [...] Anstatt all die infinitesimalen Gewaltsamkeiten gegen den Sex [...] ›der‹ einen großen Macht zuzuschreiben, soll die krebsartig wuchernde Produktion von Diskursen über den Sex in das Feld vielfältiger und beweglicher Machtbeziehungen getaucht werden.«²⁷ Politikgeschichte wird also (2.) Diskursgeschichte. Sie beschäftigt sich nicht mehr mit Entscheidungen und Akteuren, Intentionen, Handlungen und Wirkungen, sondern mit »Macht-Wissen«,²⁸ mit der Anhäufung und Systematisierung von Erkenntnis, die die Grundlage aller sozialen Kontrolle ist.

Foucaults Mikro- und Körper-Macht hat kein ideologisches, institutionelles oder ökonomisches Zentrum.²⁹ Sie beruht auf verstreuten Machtpunkten, sie ist nicht hierarchisch strukturiert, sondern diffus und anonym. Art. Politikgeschichte nach Foucault mündet in eine dezentrierende Analyse, die von der Heterogenität aller Erscheinungen ausgeht, keine Hierarchien oder Zentren akzeptiert und auch die Geradlinigkeit der historischen

Entwicklung (»Modernisierung«) leugnet. Diesem postmodernen Geschichtsbild entspricht in der Praxis der Geschlechtergeschichte die gleichsam »paraktische« Darstellungsweise (3.), etwa das Nebeneinanderreihen von Fallstudien – und die Skepsis gegenüber der »hypotaktischen, hierarchisierenden ›großen Erzählung«.

Man muß sich der Radikalität, mit der Foucault auf der Dezentrierung und dem diskursiven Charakter von Macht wie überhaupt aller menschlichen Beziehungen und Subjektivitäten beharrt, nicht in Gänze anschließen, um von seinen Anregungen profitieren zu können.³⁰ Man würde dem großen Franzosen auch zu viel Ehre angedeihen lassen, titulierte man ihn als Geburtshelfer der politischen Geschlechtergeschichte. Sein Denken lief vielmehr parallel zu den Bemühungen der *gender-For-*schung um eine Neudefinition des Politikverständnisses und verschärfte es in einer Weise, die in der Praxis der Geschlechtergeschichte oft nicht geteilt wird. Nicht wenige um den weiblichen Körper kreisende Untersuchungen bemühen sich darum, »Diskurse« und »Erfahrungen« integrierend zu untersuchen.³¹ Und andere

27 Michel Foucault, *Sexualität und Wahrheit, Bd. I: Der Wille zum Wissen*, Frankfurt a.M. 1983, S. 119.

28 Foucault, *Sexualität*, S. 75.

29 Vgl. Michel Foucault, *Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses*, Frankfurt a.M. 1976, S. 38.

30 Vgl. Detlev Peukert, »Die Unordnung der Dinge: Michel Foucault und die deutsche Geschichtswissenschaft«, in: *Spieler der Wahrheit. Michel Foucaults Denken*, hg. von François Ewald und Bernhard Waldenfels, Frankfurt a.M. 1991, S. 320–333.

31 Kathleen Canning, »Feminist History after the Linguistic Turn: Historicizing Discourse and Experience«, in: *Signs*, 19 (1994), S. 368–404; Kathleen Canning, »Gender and the Culture of Work: Ideology and Identity in the World Behind the Mill Gate, 1890–1914«, in: *Elections*, hg. von Jones und Retallack, S. 175–200.

stehen konzeptionell und methodisch eher in der Tradition klassischer hierarchisierender und ›zentrierender‹ politikgeschichtlicher Ansätze als in der von Foucault begründeten diskursanalytischen und dezentrierenden.

Gisela Bocks gleichermaßen bahnbrechenden wie kontrovers diskutierten Studien zur nationalsozialistischen Rassenpolitik mögen als ein besonders wichtiges Beispiel für solche Arbeiten zur »Körper-Politik« stehen, die den Engführungen der Foucaultschen Diskursanalyse nicht folgen.³² Bock vertritt die These, durch die Zwangssterilisation seien Frauen vor allem in qualitativer Hinsicht stärker als Männer betroffen gewesen, weil sie sich mehr und anders mit ihrem Geschlecht identifizierten und ein anderes Verhältnis zur Körperlichkeit hätten. Sie interpretiert die Sterilisierungspolitik als Bestandteil des rassenpolitischen Programms der »Reinigung« des Volkskörpers von »Minderwertigem« und stellt sie damit auf eine Ebene mit der Judenvernichtung. Diese »konzeptionelle Gleichsetzung von Antifeminismus und Antisemitismus« hat vielfältigen Widerspruch provoziert: Damit würden »alle Frauen im Nationalsozialismus zu potentiellen Opfern« gemacht und »Frauen, die mitschuldig am Regime wurden, als eine zu vernachlässigende Größe« hingestellt, »deren Verstrickung in den NS-Unrechts-

staat« aber als »reiner Anpassungsvorgang« erscheine.³³ Noch mehr Kritik freilich hat die vor allem von Claudia Koonz vertretene Gegenposition hervorgerufen, die auf mehreren Ebenen – sie reichen vom Wahlverhalten der Frauen bis 1933 und ihrer Begeisterung für die antiemanzipatorische Frauenpolitik über die moralische und psychologische Entlastung der Männer durch ein von den Frauen bewerkstelligtes ›heiles‹ Familienleben bis hin zur biologischen Reproduktionsleistung (als materieller Grundlage nicht zuletzt des Krieges) – die aktive, direkte und indirekte Unterstützung des NS-Systems durch Frauen nachzuweisen suchte.³⁴

Mitlerweile geht die Tendenz dahin, die polarisierenden Kategorien »Opfer« und »Täterinnen« fallen- oder höchstens als Extreme eines breiten Kontinuums zuzulassen, aber auch dies nur, um dann die Positionen zwischen den Extremen auszuleuchten: »Das Regime und die in seinem Namen verübten Verbrechen beruhten ganz offensichtlich auf einer hochgradig komplexen ›Arbeitsteilung«, nicht zuletzt auch einer zwischen den Geschlech-

33 Adelheid von Saldern, »Opfer oder (Mit-)Täterinnen? Kontroversen über die Rolle der Frauen im NS-Staat«, in: *Sozialwissenschaftliche Informationen*, 20 (1991), S. 97-103, S. 97 f.

34 Claudia Koonz, *Mütter im Vaterland*, Freiburg 1991; dazu Gisela Bock, »Die Frauen und der Nationalsozialismus. Bemerkungen zu einem Buch von Claudia Koonz«, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 15 (1989), S. 563-579; Claudia Koonz, »Erwidert auf Gisela Bocks Rezension von ›Mothers in the Fatherland‹«, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 18 (1992), S. 394-399, Gisela Bock, »Ein Historikerinnenstreit?«, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 18 (1992), S. 400-404.

32 Gisela Bock, *Zwangssterilisation im Nationalsozialismus. Studien zur Rassenpolitik und Frauenpolitik*, Opladen 1986; vgl. aber auch Gisela Bock, »Frauen und Geschlechterbeziehungen in der nationalsozialistischen Rassenpolitik«, in: *Nach Osten. Verdeckte Spuren nationalsozialistischer Verbrechen*, hg. von Theresa Wobbe, Frankfurt a.M. 1992, S. 99-134.

tern. Soweit sie nicht zu den mißliebigen und verfolgten Gruppen des Regimes zählten, erhielten Männer und Frauen unterschiedliche Angebote, sich an der sozialen Praxis der Herrschaft zu beteiligen. [...] Die soziale Praxis des Nationalsozialismus konstruierte sich [...] nicht nur aus zielgerichteten Taten, sondern auch aus Handlungsdiensten und Befallsbekundungen, aus Indifferenz und Anteilnahme, Willfährigkeit und Resistenz. Die meisten Frauen hatten durchaus die Wahl, inwieweit sie beruflich Karriere machen und sozial aufsteigen wollten oder eben nicht, in welcher Form sie Einfluß nahmen auf Ehemänner, Söhne, Töchter, Verwandte und Bekannte, zu wem sie standen und vor wem sie sich fernhielten, wann sie neugierig zuschauten, aufmerksam hinhörten und wann sie bewußt wegsahen oder etwas lieber nicht gehört haben wollten.³⁵

Die weitläufige Debatte um die Rolle der Frauen im NS-Staat als »Opfer« oder »Täterinnen« macht die Komplexität des Verhältnisses von Geschlechterordnungen und politischer Herrschaft exemplarisch deutlich.

35 *Zwischen Karriere und Verfolgung. Handlungsspielräume im nationalsozialistischen Deutschland*, hg. von Kirsten Heinsohn, Barbara Vogel und Ulrike Weckel, Frankfurt a.M./New York 1997, Zitat aus der Einleitung der Herausgeberinnen, S. 12. Vgl. auch Ina Paul-Horn, *Faszination Nationalsozialismus? Zu einer politischen Theorie des Geschlechterverhältnisses*, Pfaffenweiler 1993; Gudrun Schwarz, *Eine Frau an seiner Seite. Ehefrauen in der »SS-Sippengemeinschaft«*, Hamburg 1997; zum Forschungsstand Birthe Kundrus, »Frauen und Nationalsozialismus. Überlegungen zum Stand der Forschung«, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, 36 (1996), S. 481–499.

Herrschaft gründet nicht auf einseitigen, sondern immer auf doppelseitigen Beziehungen. »Ein bestimmtes Minimum an Gehorchenswollen, also Interesse (äußeren oder innerem) am Gehorchen, gehört zu jedem echten Herrschaftsverhältnis.«³⁶ Die politische Geschlechtergeschichte hat sich diese Einsicht Max Webers zu eigen gemacht, indem sie sich von anfänglichen Neigungen zur Heroisierung einzelner Vorkämpferinnen der Frauenemanzipation ebenso freigemacht hat wie von der Tendenz zur Viktimisierung der Frauen als bloß passiver, leidender Objekte männlicher Suprematie. Mittlerweile gilt das Interesse der vielschichtigen, oft widersprüchlichen »Komplizenschaft«, der Kooperation von Männern und Frauen bei der Konstruktion und Praktizierung asymmetrischer Geschlechterordnungen.

Max Weber gehört freilich zu jenen Theoretikern, die auf dem weiblichen Auge blind waren. Den Fragestellungen der Geschlechtergeschichte wesentlich näher steht das komplexe Herrschaftsverständnis, das sich aus Bourdieus Theorie der sozialen Praxis ableiten läßt. Bourdieus Interesse gilt der alltäglichen Aushandlung und symbolischen Vermittlung von Herrschaft. Anders als bei Foucault bleiben bei ihm die historischen Akteure und Akteurinnen sichtbar. Ausgehend von seinen Untersuchungen zur kabyllischen Gesellschaft hat Bourdieu auf die Symbolkraft alltäglicher Formen der geschlechtlichen Arbeitsteilung aufmerksam gemacht: »Den kabyllischen

36 Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie*, 5. rev. Aufl., besorgt von Johannes Winckelmann. Studienausgabe, Tübingen 1980, S. 122, vgl. S. 822 f.

Frauen ist da das Kleine, das Alltägliche und das Gebaute zuteil geworden. Sie sind es, die zum Boden gebeugt, die Oliven oder das Reisig aufsammeln, während den Männern, mit der Sange oder der Axt bewaffnet, das Abschneiden und Herunterholen zusteht.³⁷

Bourdieu hat solche Beobachtungen in eine Theorie männlicher Herrschaft eingebettet, die die Diskursanalyse Foucaults transzendiert. Männliche Herrschaft beschreibt er als perfekte Übereinstimmung von Diskursen und Praktiken, »objektiven« und »kognitiven Strukturen«, Mythen und Riten. Die »symbolische Gewalt« als das »Essentielle der männlichen Herrschaft« gräbt sich in die »biologische Natur« ein und findet im »vergeschlechtlichen und vergeschlechtlichen Habitus« ihren Ausdruck wie ihre Bestätigung.³⁸ »Der Vorrang des Männlichen (in der legitimen Definition der Teilung der geschlechtlichen Arbeit und der geschlechtlichen Arbeitsteilung, in denen der Mann beidemal »den oberen Part« einnimmt, während die Frau »unten« ist, wird er offenbar) drängt sich vermittels des Systems konstitutiver Schemata des Habitus – unausweichlich auf als Matrix aller Wahrnehmungen, Gedanken und Handlungen sämt-

37 Pierre Bourdieu, »Die männliche Herrschaft«, in: *Ein alltägliches Spiel. Geschlechterkonstruktion in der sozialen Praxis*, hg. von Irene Dölling und Beate Kraus, Frankfurt a.M. 1997, S. 153-217, S. 162, die folgenden Zitate nach diesem Text; vgl. Pierre Bourdieu, »Eine sanfte Gewalt: Pierre Bourdieu im Gespräch mit Irene Dölling und Margareta Steirücke«, in: ebd., S. 218-230; allgemeiner: Pierre Bourdieu, *Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft*, 2. Aufl., Frankfurt a.M. 1997.

38 Bourdieu, »Herrschaft«, S. 159, 166 f., 173.

licher Mitglieder der Gesellschaft als unangefochtenes, weil außerhalb der Bewußtwerdung und der Überprüfung gelegenes Fundament einer androzentrischen Vorstellung von der biologischen und der sozialen Reproduktion. [...] Ihre besondere Kraft zieht die männliche Soziologie daraus, daß sie zwei Operationen in eins vollzieht: sie legitimiert ein Herrschaftsverhältnis, indem sie es in etwas Biologisches einschreibt, das seinerseits eine biologisierte gesellschaftliche Konstruktion ist.³⁹

Bourdieus Kulturanthropologie bietet historischen Arbeiten, die die subtilen, verdeckten, alltäglichen Formen männlicher Herrschaft thematisieren wollen, vielfältige Anregungen, zumal sie ihrem Interesse an den symbolischen Ebenen der Geschlechterordnung entgegenkommt und gleichzeitig diskursanalytische Beschränkungen zu vermeiden hilft. Während die klassische Politikgeschichte primär an politischen Entscheidungsprozessen und damit Ereignisabläufen interessiert ist, stehen für die Geschlechtergeschichte die symbolischen Interaktionen zwischen den Geschlechtern im Mittelpunkt der Analyse von Machtbeziehungen: »Gerade dort, wo Menschen (Frauen) nicht zu handeln scheinen und somit aus der ›Geschichte‹ ausgeblendet bleiben, hilft ein Ansatz, der davon ausgeht, daß auch Wünsche, Wahrnehmungen und Darstellungen Ereignisse sind.«⁴⁰

39 Bourdieu, »Herrschaft«, S. 175.

40 Eve Rosenhaft, »Zwei Geschlechter – eine Geschichte? Frauengeschichte, Männergeschichte, Geschlechtergeschichte und ihre Folgen für unsere Geschichtswahrnehmung«, in: *Was sind Frauen? Was sind Männer? Geschlechterkonstruktionen im historischen Wandel*, hg. von Christiane Eifert et al., Frankfurt a.M. 1996, S. 257-274, S. 263.

Vorstellungen von Weiblichkeit und Männlichkeit waren in vielfältiger Weise in politische Aktions- und Diskussionszusammenhänge, Konfliktstrukturen und Kon sensmodelle eingelassen. In unserem Zusammenhang von besonderem Interesse ist, daß und wie solche Geschlechterkonstrukte eingesetzt wurden, um die politische Partizipation von Frauen einerseits zu fördern, andererseits aber auch zu kanalisieren, zu reglementieren oder einzudämmen. Die – zwar bemerkenswerten, alles in allem aber doch eher seltenen – Auftritte von Frauen in den Revolutionen und politischen Unruhen des 19. Jahrhunderts etwa bildeten den Ausgangspunkt eines dämönisierenden Konstrukts der »weibischen Masse« im politisch-psychologischen Diskurs zwischen 1880 und 1930. Frauen stünden, so diese männliche Vorstellung, bei Volksaufständen immer an vorderster Stelle, seien die eigentlichen Scharfmacher, drängten die Männer »zu Scheußlichkeiten und übertreffen sie durch Frechheit und Grausamkeit«.⁴¹ Das Konstrukt der weiblichen Masse war ein Instrument, mit dem nicht nur die Praxis und die zunächst diskutierte, dann verfassungsrechtlich fixierte politische Partizipation von Frauen unterbunden werden sollte. Es diente auch dazu, den Prozeß der Fundamentalfunktionalisierung insgesamt zurückzudrehen. Solche

41 So der Kriminologe Scipio Sighele in dem vor der Jahrhundertwende erschienenen Buch *Psychologie des Aufbaus und der Massenverbrechen*, zit. nach Helmut König, *Zivilisation und Leidenschaft. Die Masse im bürgerlichen Zeitalter*, Reinbek 1995, S. 158, vgl. ebd. S. 157-168, sowie Rosenhaft, »Women«, S. 160 ff., auch zum Folgenden.

Konstrukte verstehen sich als Reaktion auf die Anfänge und ersten, verhaltenen Erfolge der Frauenbewegung.

Auch wenn systematische, die verstreuten Einzelforschungen synthetisierende Untersuchungen bisher fehlen, spricht viel für die Annahme, daß nicht die dämönisierende Perhorreszierung weiblicher Politik, sondern deren diskursive Reglementierung die Strategie war, die im 19. und 20. Jahrhundert am wirkungsvollsten jede grundsätzliche Infragestellung des männlichen Politikmonopols verhindert hat. Den Hintergrund dieser von Frauen und Männern gemeinsam verfochtenen Strategie bilden die Konstrukte der häuslich-familiären Bestimmung der Frau und daraus abgeleiteter besonderer Qualitäten. Fast durchweg wurde das Herausreten der Frauen aus der sogenannten Privatsphäre in diesen Deutungsrahmen eingeordnet.

Damit ist das »Dilemma von Gleichheit und Differenz«⁴² angesprochen. Die sowohl durch die historischen Akteurinnen wie auch die gegenwärtige Forschung höchst kontrovers beantwortete Frage lautet: »Gibt es unterschiedliche Moralitäten und Handlungsorientierungen von Männern und Frauen, erwachsen aus ihrer unterschiedlichen Sozialisation wie ihrer immer noch unterschiedlichen Arbeits- und Lebensverhältnissen? Erfordert dies eine politische Strategie, die an der Differenz, d.h. an einer Politik des Unterschieds ansetzt und Mütterlichkeit/Weiblichkeit neu bewertet und betont, oder

42 Sylvia Paletschek, »Das Dilemma von Gleichheit und Differenz. Eine Auswahl neuerer Forschungen zur Frauengeschichte zwischen Aufklärung und Weimarer Republik«, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, 33 (1993), S. 548-569.

eine Strategie, die sich um radikale Gleichheit bemüht. Die erste Variante birgt die Gefahr, die Polarität der Geschlechter zu befestigen, von Machtverhältnissen im Geschlechterverhältnis abzusehen und letztlich die bestehende Situation affirmativ zu konservieren. Das Gleichheitskonzept bringt das Problem mit sich, Gleichheit als einseitige Anpassung an männliche Normen und Lebensverhältnisse zu begreifen, weibliches Sein als defizitär zu betrachten und die hierarchische Setzung vom männlichen als dem einen, dem weiblichen als dem anderen und nachgeordneten Geschlecht nicht aufzubrechen.⁴³

Die politische Partizipation von Frauen bewegte sich seit der Französischen Revolution im Spannungsfeld dieser beiden konkurrierenden Konzeptionen. Allerdings ist unverkennbar, daß das Differenz-Modell die größte Sinnstiftungskraft entfaltete. Teils wurde es als Kompromiß zwischen einer bloß passiven, mittelbaren, auf den Mann bezogenen Partizipation der Frau und einer dem Mann völlig gleichberechtigten politischen Stellung der Frau gesehen; dabei schleppten sich Vorstellungen vom defizitären Status weiblicher Partizipation mit. Teils wurde es aber auch als utopischer Gegenentwurf zum –

43 Diese Formulierung des Problems bei Paletschek, »Dilemma«, S. 549. Vgl. neben der dort referierten Forschung aus der üppigen einschlägigen Literatur die Diskussionen in *Differenz und Gleichheit. Menschenrechte haben (keine) Geschlechter*, hg. von Ute Gerhard et al., Frankfurt a.M. 1990; zudem Dagmar Herzog, »Wo liegt der Unterschied? Aufklärung und Frauenrechte in Deutschland«, in: *Geschlechterverhältnisse*, hg. von Schissler, S. 80–96.

als defizitär empfundenen – männlichen Politikverständnis konstruiert.

Die Bewertung der weiblichen als der besseren Politik bestimmt auch die Literatur, die die Rolle von Frauen in den »männerbündisch« verfaßten Politikbereichen wie Regierungen, Parlamenten, Verwaltungen thematisiert. Birgit Meyer zum Beispiel legt ihrer Studie über westdeutsche »Politikerinnen in Führungspositionen« nach 1945 eine Reihe von Kontrastpaaren zugrunde, die die Frage nach dem »anderen« Politikverständnis der Frauen anleiten sollen. Dieses sei geprägt durch egalitäre statt durch hierarchische Orientierungen, durch »Flexibilität statt Rigidität in der Artikulation der politischen Position«, durch Personen- statt Sachbezogenheit, durch »kooperatives statt konkurrenzbetontes Verhalten«, durch die Hochschätzung des »Laien- und Alltagswissens« anstelle des Expertenwissens und durch »Betroffenheit« statt »Abstraktheit«. Birgit Meyer versteht diese Zuschreibungen nicht als biologische Determinanten oder essentialistische Normen, sondern als »historisch-kulturell kontingente« Folgen der polaren Geschlechterordnung. »Frauen machen die Erfahrung, als sogenannte Grenzgängerinnen zwischen gesellschaftlich getrennten Lebensbereichen der Dynamik der wechselseitigen Abhängigkeiten besonders ausgesetzt zu sein.« Ihr »anderes« Politikverständnis versteht sich dann als Folge ihrer »Strategien, ihre auf verschiedene Lebensbereiche gerichteten Wünsche und Lebensplanungen zu vereinbaren.«⁴⁴

44 Meyer, *Frauen im Männerbund*, S. 36 f. – Vgl. auch Barte Hoecker, »Parlamentarierinnen im Deutschen Bundestag 1949 bis 1990. Ein Postskriptum zur Abgeordnetensozio-

Weiter in die Vergangenheit zurückreichende Untersuchungen zum Differenz-Konzept weiblicher Politik gehen entweder ideen- bzw. diskursgeschichtlich vor, oder sie versuchen im Sinne einer Politikstilanalyse die praktischen Partizipationsformen von Frauen zu ermitteln. Einen auch methodisch bedeutenden Beitrag zu dem ersten Ansatz lieferte Theresa Wobbe Arbeit über das strategische Normensystem der Frauenrechtlerinnen um die Jahrhundertwende.⁴⁵ Dieses war geradezu fixiert auf den Begriff der »Mütterlichkeit«, der insofern für die Frauenbewegung der wilhelminischen Zeit leitmotivische Funktion hatte. Wobbe versteht den Begriff als Motor der Emanzipationsbestrebungen dieser Zeit und nicht – wie etwa Bärbel Clemens⁴⁶ – als Gegenbegriff zu »Emanzipation«.

Vorstellungen von spezifisch weiblichen Partizipationsmustern bestimmten das politische Handeln von Frauen auch in revolutionären Umbruchphasen. Das ist insofern nicht verwunderlich, als Frauen aufgrund ihres Ausschlusses von der institutionellen Politik tatsächlich zu alternativen Politikformen greifen mußten. Bemerkenswert aber ist, daß die (Fremd- wie Selbst-)Interpretation weiblicher Politik fast durchweg in den Koordinaten einer asymmetrischen Geschlechterordnung stattfand – und diese damit letztlich nicht in Frage gestellt, sondern stabilisiert wurde. Das Modell der mütterlichen Politik verlieh dem verbreiteten Bild vom Staat als Familie ein weibliches Passepartout.⁴⁷ Die soziale Relevanz des Konstrukts der mütterlichen Politik ist bisher allerdings erst ansatzweise untersucht worden. Wenn auch mittlerweile eine ganze Reihe von ideengeschichtlichen Studien zur »Mütterlichkeit« vorliegt, so mangelt es doch an systematischen Bestandsaufnahmen, die nach dem Einsatz und der Wirksamkeit dieses Konstrukts in politischen Prozessen, Konflikten und Deutungsmodellen zu fragen hätten.⁴⁸

logie«, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 25 (1994), S. 556–581; zur Zeit vor 1933 Angelika Schaser, »Bürgerliche Frauen auf dem Weg in die linksliberalen Parteien (1908–1933)«, in: *Historische Zeitschrift*, 263 (1996), S. 641–680; Heide-Marie Lauterer, »Das Recht, andersgeartete Menschen, weibliche Menschen zu sein.« Zur Frage einer gemeinsamen politischen Praxis von Parlamentarierinnen der Weimarer Republik, in der britischen Besatzungszone und in der frühen Bundesrepublik Deutschland«, in: *Westfälische Forschungen*, 45 (1995), S. 134–155; und Christl Wickert, *Unsere Erwählten. Sozialdemokratische Frauen im Deutschen Reichstag und im Preussischen Landtag 1919–1933*, 2 Bde., Göttingen 1986.

45 Theresa Wobbe, *Gleichheit und Differenz. Politische Strategien von Frauenrechtlerinnen um die Jahrhundertwende*, Frankfurt a.M./New York 1989.

46 Bärbel Clemens, »Menschenrechte haben kein Geschlecht!«, *Zum Politikverständnis der bürgerlichen Frauenbewegung*, Pfaffenweiler 1988.

47 Vgl. Thomas Sandkühler und Hans-Günter Schmidt, »Geistige Mütterlichkeit als nationaler Mythos«, in: *Nationale Mythen und Symbole in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Strukturen und Funktionen von Konzepten nationaler Identität*, hg. von Jürgen Link und Wolf Wülfing, Stuttgart 1991, S. 237–255; Christine Wittrock, *Weiblichkeitsmythen. Das Frauenbild im Faschismus und seine Vorläufer in der Frauenbewegung der zwanziger Jahre*, Frankfurt a.M. 1983.

48 Die weitläufige Diskussion um das Verhältnis von »Differenz und Gleichheit« in der Geschichte der Frauenbewegung hat bisher leider, soweit ich sehe, keine zeitlich

Mit dem Fahnenstücken etwa erworben sich die Frauen 1848/49 real und symbolisch in die nationale Politik – aber die künstlerischen Vorlagen der Fahnen richteten die Männer aus. Und erst recht inszenierten die festlichen Fahnenweihen das hierarchische Geschlechterverhältnis; weibliche Ehre, ›Reinheit‹ und Emotionalität wurden hier als komplementäre Funktionen männlichen Schutzes, männlicher Kampfbereitschaft und Stärke definiert.⁴⁹ Und mochten Frauen auch mit Mode und Konsum nationale Gesinnung demonstrieren, so legten die dann getragenen Kleider sie auf »aechte« = »natürliche« = »mütterliche« Weiblichkeit fest.

Der Frage, welche Beziehung zwischen der Nationsbildung im 19. Jahrhundert und der Frauenemanzipation bestand, hat sich die Forschung seit einiger Zeit von verschiedenen Seiten her genähert, ohne doch bisher zu eindeutigen Resultaten zu gelangen. Die visuellen und symbolischen Repräsentationen der Nation arbeiten mit Weiblichkeits- ebenso wie mit Männlichkeitskonstrukten. Auf den ersten Blick scheint es so, als ob letztere überwogen hätten, definierte sich die Nation doch zunächst einmal durch ihre Aggressionsbereitschaft und

Wehrhaftigkeit nach außen sowie durch den Ausschluss der Frauen vom politischen Regiment im Innen.⁵⁰ Tatsächlich aber setzt schon die Tatsache, daß die meisten Nationen des 19. Jahrhunderts sich in Form weiblicher Allegorien – Germania, Marianne – darstellten, ein Fragezeichen hinter das Klischee von der männlichen Nation. Was bedeutete eine solche Allegorie? War sie lediglich ein überkommenes Relikt aus der Antike, nach der sich das nationale Bildungsbürgertum zurückschreute? War sie eine bloß symbolische Kompensation männlicher Suprematie und weiblicher Machtlosigkeit, eine symbolische Einlösung der Egalitätsverheißung also, die die Nation verkündete? War sie »ein klassenübergreifendes Symbol für allgemeine Werte der Einigkeit, um die Zusammenarbeit der Männer und deren Unterordnung unter den Staat zu sichern«?⁵¹ Diente sie als symbolischer Grenzpfosten männlicher Aggressivität? Oder war sie einfach nur eine »beliebig füllbare Leerform«, »ein Reflexionsobjekt politischer Sehnsüchte und ein Medium für den Zustand der deutschen Nation«?⁵²

übergreifende, empirische Darstellung der Wirkungsweise des »mütterlichen« Leibbildes weiblicher Politik in der politischen Praxis des 19. und 20. Jahrhunderts nach sich gezogen. Zur Spezialliteratur vgl. Martina Ötke, »Bibliographie zu Mutter und Mütterlichkeit«, in: *Mutter und Mütterlichkeit. Wandel und Wirksamkeit einer Phantasie in der deutschen Literatur. Festschrift für Verena Erlich-Haefeli*, hg. von Irmgard Roebing und Wolfram Mauser, Würzburg 1996, S. 363-374.

49 Vgl. Clotovics, »Bräute«.

50 Vgl. zuletzt Ute Frevert, »Nation, Krieg und Geschlecht im 19. Jahrhundert«, in: *Nation und Gesellschaft in Deutschland. Historische Essays*, hg. von Manfred Hertling und Paul Nolte, München 1996.

51 Dieter Langewiesche, »Nation, Nationalismus, Nationalstaat. Forschungsstand und Forschungsperspektiven«, in: *Neue Politische Literatur*, 40 (1995), S. 190-236, S. 216.

52 Andrea Pollig, »Germania ist es, bleich und kalt...«. Allegorische Frauendarstellungen in der politischen Karikatur des ›Eulenspiegel‹ 1848-1850«, in: *Schimpfende Weiber*, hg. von Lipp, S. 385-402, S. 400. Vgl. auch Lothar Gall, »Germania. Eine deutsche Marianne, Bonn 1993. Ein Disserta-

(Warum aber wurde die Nation dann weiblich und nicht männlich allegorisiert?)

Ähnlich widersprüchlich wie die symbolische Integration der Frauen in die Nation präsentieren sich auch ihre praktische Partizipation an der Nation und der Diskurs darüber. Nicht nur in politischen Umbruchs- und nationalen Aufbruchphasen, nicht nur im Rahmen oppositioneller Bewegungen war es Frauen möglich, in die von Männern beherrschte Domäne der »öffentlichen« Politik einzutreten. Im Kaiserreich etwa bot selbst die Deutsche Kolonialgesellschaft Frauen vielfältige Möglichkeiten des öffentlichen Engagements im nationalistischen Sinne.⁵³ Paradoxerweise segelten nicht wenige Frauen, die in die politische Öffentlichkeit strebten, im wilhelminischen Deutschland unter der Flagge des Antifeminismus: Rund 20% der Führungspositionen des Bundes zur Bekämpfung der Frauenemanzipation waren bis 1918 in der Hand von Frauen, danach waren es sogar knapp 40%.⁵⁴ Die Antifeministinnen praktizierten – neben ihren männ-

lichen Kampfgenossen – genau das, wogegen sie im öffentlichen Reden und mit zündenden Zeitungsartikeln polemisierten: Sie überschritten die Begrenzung des weiblichen Geschlechts auf den häuslichen Bereich der Familie. Die Frage »Emanzipation durch Emanzipationsgegnerschaft?«⁵⁵ muß mit Ja und Nein beantwortet werden. Die Antifeministinnen deklarierten ihr politisches Engagement – wie die bürgerliche Frauenbewegung generell – als Beitrag zur Stabilisierung des dualistischen Geschlechtermodells. Sie stellten das Konstrukt der fundamentalen Geschlechterdifferenz nicht in Frage, sondern verwiesen auf »einen spezifisch weiblichen Beitrag zur Nationsbildung. Damit verschafften sie Frauen politischen Zugang zu dem Modell ›Nation‹, stießen aber keine Neudefinition der gängigen männlich-militaristischen Imprägnierung an. [...] Das differente Integrationsmodell führte zu einer Erweiterung der Partizipationschancen von Frauen, begrenzte sie aber gleichzeitig auch erneut auf eine separate weibliche Sphäre.«⁵⁶

tionsprojekt zur Germania in der symbolischen Verständigung über die deutsche Nation im 19. Jahrhundert betreibt Bettina Brandt an der Universität Bielefeld; Vgl. allgemein auch: Silke Wenk, *Versteinerte Weiblichkeit. Allegorien in der Skulptur der Moderne*, Köln 1996.

53 Roger Chickering, »Casting their Gaze more Broadly: Women's Patriotic Activism in Imperial Germany«, in: *Past & Present*, 118 (1988), S. 156-185.

54 Ute Planert, »Im Zeichen von ›Volk- und ›Nation‹. Emanzipation durch Emanzipationsgegnerschaft? Antifeministinnen im Bund zur Bekämpfung der Frauenemanzipation«, in: *Frauen und Nation*, hg. von Frauen & Geschichte Baden-Württemberg, Tübingen 1996, S. 190-203, S. 190.

55 Planert, »Zeichen«.

56 Planert, »Zeichen«, S. 202. Vgl. auch Karin Bruns, »Machtereffekte in Frauentexten. Nationalistische Periodika (1895-1915)«, in: *Wandel der Geschlechterbeziehungen zu Beginn der Neuzeit*, hg. von Heide Wunder und Christina Vanja, Frankfurt a.M. 1991, S. 309-338. Weiterführende Bemerkungen bei Heinz-Gerhard Haupt und Charlotte Tacke, »Die Kultur des Nationalen. Sozial- und kulturgeschichtliche Ansätze bei der Erforschung des europäischen Nationalismus im 19. und 20. Jahrhundert«, in: *Kulturgeschichte Heute*, hg. von Wolfgang Hardtwig und Hans-Ulrich Wehler, Göttingen 1996, S. 255-283, hier S. 273-281.

Die Nation bot Männern und Frauen unterschiedliche Identifikationsmöglichkeiten – jenen den Kampf fürs Vaterland und ein Mitspracherecht an den Staatsgeschäften, diesen die emotionalen und materiellen Hilfsdienste. Dieses Modell war flexibel genug, um sich nicht nur in Friedens-, sondern auch in Revolutions- oder Kriegzeiten zu bewähren. Durch die aktive Staatsbürgerschaft, die die Frauen in Deutschland 1918 als Lohn für ihre Dienstwilligkeit erhielten, wurde es nicht in Frage gestellt. Die Nation löste so zwar ihre Egalitätsverheißung auf der Ebene der politischen Partizipationsrechte ein. Sie gestaltete die Ungleichheit der Geschlechter aber gleichzeitig flexibler und befestigte sie somit.

III.

Auch wenn nicht zu übersehen ist, wie intensiv die Frauenforschung auf die Relationalität der Kategorie Geschlecht reflektiert und sich zur Geschlechterforschung weiterentwickelt, ist der weibliche Bias doch nach wie vor wirkungsmächtig. Männliche Perspektiven werden meist auf Distanz gehalten. Das gilt auch für jenen Zweig der Geschlechtergeschichte, der sich mit der Politik von Männern für Frauen beschäftigt und das Gegenstück zur Untersuchung der weiblichen Partizipationsformen, der Politik von Frauen, bildet. Bevorzugt die Frauengeschichte politische Umbruchs- und Krisenphasen, um Frauen als politische Akteurinnen, also Politik von Frauen, sichtbar zu machen, so bildet die staatliche Sozialpolitik eines der Untersuchungsfelder, auf dem sich die Geschlechterhierarchie der Politik für Frauen besonders gut nachweisen läßt.

Die Geschlechterspezifik der Sozialpolitik seit dem späten 19. Jahrhundert ist von der politischen Sozialgeschichte kaum wahrgenommen worden. Die Geschlechterforschung hat sich, entsprechend ihren ursprünglichen emanzipatorischen Erkenntnisinteressen, darum bemüht, die weibliche Diskriminierung und gesellschaftliche Unterdrückung von Frauen durch staatliche Wohlfahrtsprogramme sichtbar zu machen. Frauen hatten auf dem Erwerbsarbeitsmarkt strukturell schlechtere Chancen als Männer. Daraus resultierten reduzierte Versorgungsansprüche an das Sozialversicherungssystem und eine relative Armut. Der Beitrag der Sozialpolitik zur Stabilisierung der Geschlechterhierarchie bestand in der Konstruktion des Ernährermodells mit dem Mann als einzigem oder Hauptverdiener und der Frau als unbezahlter Familienarbeiterin. Die Grundlage dieses Prozesses bildete in Deutschland die Bismarcksche Sozialversicherung der 1880er Jahre.

Für die Frühphase der Weimarer Republik hat Susanne Rouette einen Perspektivenwechsel der Historiographie des Sozialstaats initiiert.⁵⁷ Die von ihr untersuchte Re-

⁵⁷ Susanne Rouette, *Sozialpolitik als Geschlechterpolitik. Die Regulierung der Frauennarbeit nach dem Ersten Weltkrieg*, Frankfurt a.M./New York 1993. Vgl. auch *Geschlechterhierarchie und Arbeitsteilung. Zur Geschichte ungleicher Erwerbschancen von Männern und Frauen*, hg. von Karin Hausen, Göttingen 1993; George Steinmetz, *Regulating the Social. The Welfare State and Local Politics in Imperial Germany*, Princeton 1993, u.a. S. 33 ff., 122 f., 163 ff.; Christine Eifert, »Frauengeschichte in Deutschland. Literaturübersicht und Bibliographie«, in: *Jahresbibliographie Bibliothek für Zeitgeschichte*, 64 (1992), S. 700–729.

gultierung des Arbeitsmarktes im Zuge der Demobilisierung war völlig beherrscht von den Vorstellungen einer »natürlichen« Geschlechterhierarchie bei der Arbeitsteilung. Nicht nur sollten die im Kriege entstandenen Verschiebungen des Arbeitsmarktanteils von Frauen und Männern so schnell als möglich wieder rückgängig gemacht werden. Vielmehr sorgten darüber hinaus geschlechtsspezifische Arbeitsschutzbestimmungen (Schwangeren- und Säuglingsfürsorge), die Einrichtung der Erwerbslosenfürsorge und die Handhabung der öffentlichen Arbeitsvermittlung für die dauerhafte Einschränkung und Begrenzung weiblicher Erwerbsarbeit. Nicht zuletzt der seit Ende der zwanziger Jahre quer durch die politischen Lager der Weimarer Republik gehende Kampf gegen das »Doppelverdienertum« macht deutlich, daß die Geschichte des Sozialstaates dann nicht mehr nur als Erfolgsgeschichte geschrieben werden kann, wenn man Geschlechter- und nicht nur Klassendifferenzen in den Vordergrund der Betrachtung rückt.

Noch relativ wenig Interesse hat, jedenfalls in Deutschland, die Frage nach dem Ausmaß und der Qualität der Kooperation von Frauen an dieser Sozialpolitik auf sich gezogen, obwohl sie doch zumindest dann im Vordergrund stehen müßte, wenn man von einem komplexen Herrschaftsverständnis ausginge, wie es für die amerikanische Entwicklung Linda Gordon getan hat: »A framework for understanding the historical development of the welfare state, if it is to have actual explanatory power, must keep in focus not only the powerlessness but also the challenges and occasionally power of the resistant and sometimes organize subordinates. [...] This approach has at times yielded conclusions that are unexpected and,

some feminists, even threatening, for if women's power is to be recognized, their responsibility must be also.«⁵⁸

Der weibliche Bias der Geschlechtergeschichte, der sich in den Studien zur Sozialpolitik der Männer ebenso wie auf den anderen Themenfeldern auswirkt, ist als Reaktion auf den Androzentrismus der Politik wie der Wissenschaft leicht erklärlich und zunächst auch legitim. Da Frauen sowohl als Subjekte wie als Objekte der Wissenschaft marginalisiert waren, interessierten sie sich als Wissenschaftlerinnen in erster Linie für Frauen in der Geschichte. Männer, Mannsein, Männlichkeit spielten für die Entwicklung differenzierter Fragenkataloge keine Rolle. Männer wurden oft pauschal als kollektive Vortreternehmer des »Patriarchats« kategorisiert, Männlichkeit wurde »als das generalisierte Andere« wahrgenommen, ohne daß »ein Gespür für seine enorme Variationsbreite«⁵⁹ oder gar subjektive Perspektiven männlicher Politik entwickelt worden wäre. Die Ausblendung der Innenperspektive männlicher Macht wurde zwar im nordamerikanischen Forschungsraum von Wissenschaftlerinnen der Frauenbewegung schon früh in Frage gestellt. Anstöße für einen genaueren Blick auf das männ-

⁵⁸ Linda Gordon, »The New Feminist Scholarship on the Welfare State«, in: *Women, the State, and Welfare*, hg. von Linda Gordon, Madison 1990, S. 9–35, hier S. 26. Dieser Beitrag bietet einen konzisen Aufriß der amerikanischen geschlechtergeschichtlichen Forschung zum Wohlfahrtsstaat.

⁵⁹ Ute Frevert, »Klasse und Geschlecht – ein deutscher Sonderweg?« in: *Nothing as Underdrinking? Geschlecht und Klasse in der englischen Sozialgeschichte*, hg. von Logie Barrow, Dorothea Schmidt und Jutta Schwarzkopf, Münster 1991, S. 259–270, S. 268.

liche Geschlecht vermittelte die Einsicht, daß nicht nur Frauen, sondern auch Männer durch das System des »Patriarchats« unterdrückt wurden, und ebenso, daß die bloße Untersuchung der Erfahrung der Unterdrückten immer nur unzulängliche Erkenntnisse über Herrschaftsstrukturen zeitigt, wenn sie nicht gleichzeitig auch die Perspektive der Herrschenden und damit das Beziehungssystem zwischen diesen und jenen ausleuchtet.⁶⁰

Konkrete Forschung freilich ließ lange auf sich warten.⁶¹ Angestoßen wurden die *men's studies* in den USA und in Großbritannien nicht nur durch den Bedarf an komplementärer Forschung zu den *women's studies*, sondern durch andere gesellschaftliche Emanzipationsbewegungen, durch die Homosexuellen- und die Männerbewegung. Die Homosexuellenbewegung richtete sich gegen die Unterdrückung durch die heterosexuelle

Homophobie. Das Erkenntnisziel ihrer sozial, kulturell und geschichtswissenschaftlichen Bestrebungen kreist um die Suche nach alternativen Bewertungen des Verhältnisses von Homosexualität und Heterosexualität in anderen Kulturen und Epochen: Homosexualität ist kein universelles Phänomen, sondern ein besonderes Konstrukt der modernen westlichen Industriegesellschaften. Und ähnlich versuchte die Männerbewegung das engere Korsett der als selbstverständlich und »natürlich« geltenden Männlichkeitsideale von Stärke, Härte, Selbstbeherrschung abzuschütteln, indem sie deren historisch-kulturelle Relativität sichtbar machte.

Die frühen Untersuchungen zur historischen Konstruktion von Homosexualität und Heterosexualität gingen oft von klassischen politikgeschichtlichen Ansätzen aus und nahmen etwa die einschlägigen Gesetze und Gesetzgebungsverfahren ins Blickfeld.⁶² Neuere Arbeiten stehen stärker im Zeichen des Foucaultschen Machtverständnisses und seines Disziplinierungsmodells. Sie rezipieren insofern die um Körperlichkeit und »Privatsphäre« kreisende Erweiterung des Politikbegriffs, wie sie die feministische Theorie und Wissenschaft begründet hat.⁶³

60 Vgl. Natalie Zemon Davis, »Gesellschaft und Geschlechter. Vorschläge für eine neue Frauengeschichte« (amerik. 1976), in: Natalie Zemon Davis, *Frauen und Gesellschaft am Beginn der Neuzeit*, Berlin 1986, S. 117-132, S. 126.

61 Forschungsaufrisse mit weiterer Literatur, auch zum Folgenden: Thomas Kühne, »Männergeschichte als Geschlechtergeschichte«, in: *Männergeschichte*, hg. von Thomas Kühne, S. 7-30; Michael Roper und John Tosh, »Introduction: Historians and the Politics of Masculinity«, in: *Manful Assertions. Masculinities in Britain since 1800*, hg. von Michael Roper und John Tosh, London/New York 1991, S. 1-24; John Tosh, »What Should Historians do with Masculinity? Reflections on Nineteenth-century Britain«, in: *History Workshop*, 38 (1994), S. 179-202; vgl. auch die Einleitung und die Auswahlbibliographie in *Wann ist der Mann ein Mann? Zur Geschichte der Männlichkeit*, hg. von Walter Erhart und Britta Herrmann, Stuttgart/Weimar 1997, S. 3-31 und 365-371.

62 Zu den frühen Arbeiten zählt Jeffrey Weeks, *Coming Out. Homosexual Politics in Britain, from the Nineteenth Century to the Present*, London/Melbourne/New York 1977.

63 Vgl. z.B. Angus McLaren, *The Trials of Masculinity. Policing Sexual Boundaries 1870-1930*, Chicago/London 1997; vgl. allgemein Christian Rüter, »Der konstruierte Leib und die Leibhaftigkeit der Körper. Die Relevanz des Körpers für eine Männer-Erforschung«, in: *Kritische Männerforschung. Neue Ansätze in der Geschlechtertheorie*, hg. von BauSteineMänner, Berlin/Hamburg 1996, S. 76-107, mit weiterer Literatur.

Gemeinsam ist all diesen Arbeiten das primäre Interesse an der Unterdrückung devianter Männer und Männlichkeitsbilder durch »hegemoniale« Akteure und Konstruktoren. Besonders das von dem Soziologen Bob Connell entworfene Konzept der »hegemonialen Männlichkeit« hat den Blick geöffnet für das rivalisierende Neben- oder genauer: Über- und Untereinander verschiedener Männlichkeitsideale in modernen Gesellschaften.⁶⁴

Insgesamt ist die um Männlichkeitsvorstellungen und das Leben von Männern als Männern kreisende Forschung dennoch nach wie vor ein ausgesprochen schlecht beachtetes Feld. Ihre Hindernisse verhalten sich zu denen der Frauenforschung komplementär. Sie resultieren aus der Omnipräsens der Männer, die meist als geschlechtslose Wesen in den Quellen erscheinen. Aufgabe der Männerforschung ist es daher, Männer als Männer sichtbar zu machen und sie aus der Selbstverständlichkeit, mit der sie das »allgemein Menschliche« zu verkörpern vorgeben, herauszureißen. Dazu muß der Blick sowohl auf die Fluidität wie auf die Stabilität des Gegenstandes gerichtet werden. Männlichkeit ist einerseits historisch und kulturell kontingent, sie ist historisch wandelbar und bietet im interkulturellen Vergleich viele

Schattierungen. Leitbilder von Männlichkeit stehen zudem in einem Spannungsverhältnis zur subjektiven Erfahrung und zur sozialen Praxis des Mann-Seins. Männlichkeit und Mann-Sein sind also in diachroner wie synchroner, in historischer, soziokultureller und psychischer Hinsicht fragil und unsicher. Andererseits ist »männliche Herrschaft« ein Phänomen, das sich als historisch außerordentlich stabil, im interkulturellen Vergleich als ubiquitär und auch innergesellschaftlich kaum *grundsätzlich* bedroht präsentiert. Eben dies erklärt die Verbreitung und Beharrungskraft biologischer und mythischer Legitimationsmuster männlicher Herrschaft.⁶⁵

Untersuchungen über herrschende Formen des Mann-Seins und »hegemoniale« Männlichkeitsideale konzentrieren sich auf jenes Leitbild, das sich als roter Faden durch die westeuropäische und nordamerikanische Männergeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts zu ziehen scheint und erst nach dem Zweiten Weltkrieg der allmählichen, aber in den westlichen Industrienationen unterschiedlich stark ausgeprägten Diskreditierung anheimzufallen ist: das Ideal des Mannes als Waffenträger, Krieger, Soldat.⁶⁶ Die historische Männerforschung widmet sich vorzugsweise solchen Verkehrskreisen, Institutionen und Netzwerken, die Männlichkeit in »Reinkultur« produzieren, und solchen Männlichkeitskonstrukten, in denen die

64 Vgl. Tim Carrington, Robert W. Connell und John Lee, »Ansätze zu einer neuen Soziologie der Männlichkeit«, in: *Kritische Männerforschung*, S. 38-75 (amerik. zuerst 1985); Robert W. Connell, *Gender and Power. Society, the Person and Sexual Politics*, Stanford 1987; Robert W. Connell, *Masculinities*, Berkeley 1995; verschiedene Beiträge von und über Connell enthalten die Themenhefte *Männlichkeiten* und *Multipersonale Männlichkeiten?* der Zeitschrift *Widerprüche*, Nr. 56/57 (1995) und 67 (1998).

65 Vgl. z.B. den soziobiologischen Ansatz bei Lionel Tiger, *Warum die Männer wirklich herrschen*, München/Bern/Wien 1972, und den auf die Jung'sche Archetypenlehre zurückgehenden Psychologismus männlicher Mythenschnitte bei Allan Guggenbühl, *Männer, Mythen, Mächte. Was ist männliche Identität?*, Stuttgart 1994.

Abgrenzung vom weiblichen Pendant, wenn man so will: die myso-gyne Tendenz, besonders manifest ist. Das Ideal des Mannes als Familienvater und »Ernährer« wurde aus männergeschichtlicher Perspektive ebenso wie etwa Beziehungen von Männern und Frauen am Arbeitsplatz seltener thematisiert, obwohl gerade hier symbolische und praktische Grundlagen männlicher Herrschaft im verdichteter Form zu fassen wären und der großen Gefahr, eine Hälfte der Geschlechterordnung isoliert zu untersuchen, am ehesten zu begegnen wäre.⁶⁷

Eine praxeologische Geschlechtergeschichte von Re-gierungen, Parlamenten, Verwaltungen, Gesetzgebungsprozessen, innerparteilichen Rivalitäten, Wahlkämpfen kann die Interaktion von Männern und Frauen im lan-gen 19. Jahrhundert nur dann berücksichtigen, wenn sie die außerinstitutionelle Politik im Sinne eines um das »Private« erweiterten Politikbegriffs mit einbezieht. Und wenn auch im 20. Jahrhundert Frauen formal an staatlicher Politik partizipierten, so hatte dies doch kaum je »selbsterständlichen« Charakter. »Selbsterständlicher« Bestandteil staatlicher Politik war der Einsatz von – männlichen wie weiblichen – Geschlechterbildern im

Entscheidungsprozess, im Kampf um Mehrheiten, um Zustimmung zur eigenen und um Opposition zur gegen-rischen Position. Geschlechterkonstrukte dienten in viel-fältiger Weise dazu, bestimmte Herrschaftsformen, poli-tische Inhalte und Verfahrensweisen zu legitimieren. Das Muster, dem diese politische Geschlechterrhetorik folgte, bestand oft darin, die als »männlich« definierte und aus-gemalte Politik als die gute und richtige zu »vermarkten«, und die falsche, gegnerische als »weiblich« zu stigmati-sieren. Freilich zeigen die erwähnten weiblichen Alle-gorisationen der Nation oder auch das Konstrukt »müt-terlicher« Politik, daß sich die Bedeutung der Kategorie Geschlecht für die symbolische Ordnung staatlichen Handelns keineswegs in solch einfachen Dichotomien er-schöpft.

- Mitunter waren Männlichkeitsideale einem raschen Wechsel von politischen Interessen unterworfen. Die neuseeländische Geschichte bietet ein geographisch zwar entlegenes, für die Machbarkeit und Instrumentalisier-barkeit von Männlichkeitskonstrukten jedoch überaus instruktives Beispiel. Unter den Bedingungen des Män-nlichkeitsüberschusses in der kolonialen Siedlungsphase war hier eine maskuline Subkultur entstanden. Deren soziale Problematik versuchte der Staat aufzufangen, in-dem er »Männlichkeit« durch die Förderung von Familien-ansiedlungen in der Landwirtschaft »domestizierte«, also an die Ehe und eine »ordentliche« Lebensführung band. Diese Verhäuslichung der Männer und des Männlich-keitsideals war, begünstigt durch politische und sozio-kulturelle Faktoren (Ausgleich des Geschlechterverhält-nisses, Urbanisierung, Bezwingung der autochthonen Kriegerstämme) um die Wende zum 20. Jahrhundert

66 Zusammenfassender neuerer Essay: George L. Mosse, *Das Bild des Mannes. Zur Konstruktion der modernen Männlichkeit*, Frankfurt a.M. 1997; zur Literatur: Kühne, »Män-nergeschichte«. Vgl. auch demnächst Thomas Kühne, »Der Soldat«, in: *Der Mensch des 20. Jahrhunderts*, hg. von Ute Frevert und Heinz-Gerhard Haupt, voraussichtlich Frank-furt a.M./New York 1998.

67 Anne-Charlott Trepp, *Sanfte Männlichkeit und selbstän-dige Weiblichkeit. Frauen und Männer im Hamburger Bür-gertum zwischen 1770 und 1840*, Göttingen 1996.

weitgehend abgeschlossen. In dieser Zeit freilich wurde das Konstrukt schon wieder dysfunktional. Es kollidierte mit neuen politischen Interessen. Die Mobilisierung der Männer für die britischen Kolonialkriege und die britischen Armeen der beiden Weltkriege wurde daher abgesichert durch die staatlich geförderte Konstruktion einer gewaltsamen Männlichkeit. Dabei kam der Ausbreitung des organisierten (also kontrollierten) Sports, vor allem des Rugby, die Funktion zu, eben diesem Ideal zum Durchbruch zu verhelfen, ohne doch die alten Probleme unkontrollierter Gewaltbereitschaft erneut aufleben zu lassen.⁶⁸

Aber Männlichkeitskonstrukte waren nicht nur in der Kolonialgeschichte ein Herrschaftsinstrument, sondern sie sind dies grundsätzlich, wenn auch nicht immer nur als Resultat kurzfristiger und leicht durchschaubarer Manipulationsstrategien. Die Polarisierung der »Geschlechtscharaktere« im 19. Jahrhundert, die dem Mann die »öffentliche« und der Frau die »private« Sphäre zuwies, wurde mit einer besonders ausgefeilten Legitimationsstrategie staatlich abgesichert. Sie gab der bürgerlich-monarchischen Herrschaftssymbiose des europäischen

schon Konstitutionalismus ihr »männliches« Gepräge. Der sozial integrative Anspruch der bürgerlich-liberalen Politik wurde verknüpft mit der geschlechtlichen Exklusion als *dem* bürgerlichen Ordnungsmodell, das – wie das verabschiedete ständische System – auf »natürliche« Unterschiede zwischen den Menschen rekurrierte. Sie waren das kulturelle Gewebe jenes »argumentativen Tandems«, das – nach dem Prinzip »Gleiche Rechte, gleiche Pflichten« – die Partizipation der Männer am Militärdienst (dem »allgemeinen« Wehrdienst) wie an der Staatspolitik (dem »allgemeinen« Stimmrecht) und den Ausschluss der Frauen von beidem sicherte.⁶⁹

Die Gleichsetzung von staatlich-männlicher Politik mit militärisch-männlicher Gewalt führte zur durchgreifenden Militarisierung der politischen Kultur. Die Vorstellungen davon, wie Politik zu funktionieren habe, wie politische Entscheidungen zu treffen und politische Konflikte zu lösen seien, wurden eng an Vorstellungen vom Wesen des Krieges und des Soldatentums angebunden. Nicht nur das obrigkeitliche Herrschaftssystem erfuhr durch die Parallelsetzung von Staat, Militär und Männlichkeit eine neue Rechtfertigungsbasis. Mindestens ebenso folgenreich war die Implementierung des dichotomisierenden militärischen Prinzips »Sieg oder Niederlage« in die politischen Deutungsmuster. Diesem Alles-oder-Nichts-Denken hat Carl Schmitt die Weiblichkeit der politischen Theorie gegeben, als er 1932 verkündete: »Die spezifisch politische Unterscheidung, auf welche sich die Handlungen und Motive zurückführen lassen, ist die

68 Jock O.C. Phillips, *A Man's Country? The Image of the Pakeha Male. A History*, Auckland 1987; Jock O.C. Phillips, »Mummy's Boys: Pakeha Men and Male Culture in New Zealand«, in: *Women in New Zealand Society*, hg. von Philida Bunkle und Beryl Higgins, Auckland/London/Boston 1980, S. 217–243 und Jock O.C. Phillips, »Rugby, War and the Mythology of the New Zealand Male«, in: *New Zealand Journal of History*, 18 (1984), S. 83–103; die vorstehende Zusammenfassung nach Kühne, »Männergeschichte«, S. 13 f.

69 Frevert, »Soldaten«, S. 84.

Unterscheidung *Freund* und *Feind*.⁷⁰ Politik münde letztlich wie Krieg entweder in die physische Vernichtung des Gegners oder in den eigenen Untergang.

Die dezisionistische Weltanschauung gehörte zu den Kernelementen der hegemonialen Männlichkeit in Deutschland bis zum Ende der NS-Zeit. Sie leitete sowohl die Kategoriaisierung politischer Herrschaftsformen wie auch die bevorzugten Muster der politischen Konfliktstratageman. Demokratie wurde mit Weiberherrschaft, westlichem Zivilismus, verweichlichter Genußsucht usw. identifiziert, der deutsche Staat dagegen als soldatisch-heroischer Männerbund stilisiert. Die Fähigkeit und Bereitschaft zur »Entscheidung« stand im Zentrum des Männlichkeitsideals. Habituell verfügt und alltäglich praktiziert, definierte es auch den selbstverständlichen Handlungsrahmen staatlicher Politik.⁷¹

Nicht nur manche »Blut-und-Eisen«-Rede Bismarcks zeigt, wie tief dieser männlich kodierte Dezisionismus, das Handeln nach dem Entweder-oder-Prinzip, in die politische Mentalität des Kaiserreichs eingelassen war.

⁷⁰ Carl Schmitt, *Der Begriff des Politischen*, Berlin 1932 u.ö., S. 26; vgl. Nicolaus Sombart, *Die deutschen Männer und ihre Feinde. Carl Schmitt – ein deutsches Schicksal zwischen Männerbund und Matriarchatsmythos*, München/Wien 1991; Nicolaus Sombart, »Männerbund und Politische Kultur in Deutschland«, in: *Männergeschichte*, hg. von Kühne, S. 366–394.

⁷¹ Vgl. auch Dietmar Krüger, »Was der deutsche Mann im 19. Jahrhundert schuldig machte oder steuete?« (Anmerkungen zu einer Kontroverse über Daniel Mannscheine und der deutschen Sozialerzählung), in: *Westfälische Gelehrte*, 12 (1995/6), S. 39–64.

Das innere politische Klima des Kaiserreichs war durch eine außerordentlich weit verbreitete Diskreditierung des Kompromisses als Lösungsmittel politischer Konflikte beherrscht. Die bellizistisch-dezisionistische Rhetorik nahezu aller Parteien stigmatisierte Kompromisse als »Kuhhandel«, als unmoralisch, unreinlich, als Grundlage politischer Korruption, versah sie also mit Epitheta, die explizit oder implizit weiblich kodiert waren.

Die politische *Institutionengeschichte* führt diese Kompromißfeindlichkeit darauf zurück, daß die Parteien im konstitutionellen System des Kaiserreichs nur Zugang zum »Vorhof der Macht« gewährt bekommen hätten, also auf ihre relative Einflußlosigkeit im Gefüge des Verfassungssystems. Dadurch hätten sie sich auf negative Politik beschränken können und seien zu Kompromissen nicht gezwungen gewesen. In der Weimarer Republik sei dann die Kompromißfeindschaft schon zu fest verankert gewesen, als daß die Spielregeln des parlamentarischen Systems mit dem Kompromiß an vorderster Stelle noch rechtzeitig hätten eingeübt werden können.⁷² Die politische *Sozialgeschichte* dagegen erklärt die Kompromißfeindlichkeit aus der soziokulturellen Versäulung des

⁷² Frühe, auf das Kaiserreich bezogene Formulierung dieser Auffassung: Max Weber, »Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland. Zur politischen Kritik des 19. Jahrhunderts und Parteiwesens« (Erstdruck 1917), in: Max Weber, *Zur Politik im Weltkrieg. Schriften und Reden* (1914–1918), *Studienausgabe der Max-Weber-Gesellschaft*, München 1971, Bd. 1/1/3, hg. von Wolfgang J. Mommsen in Zusammenarbeit mit Gábor Ágoston, München 1988, S. 201–301.

deutschen Parteiensystems zwischen Reichsgründung und Machtergreifung. Danach waren die Parteien zu sehr auf die sie tragenden Subkulturen, die sozialmoralischen Milieus ausgerichtet, die je eigene Wertehorizonte, soziale Netzwerke usw. und eben auch eigene politische Ausschlüsse (die Parteien) hatten und gegenseitig so sehr abgeschottet waren, daß sich ein parteiübergreifender Grundkonsens nicht ausbilden konnte.⁷³

Erst die nachhaltige Diskreditierung des Militarismus durch die totale Niederlage von 1945 scheint in der politischen Mentalität Deutschlands Platz geschaffen zu haben für jenes Maß an zwischenparteilicher Kompromißbereitschaft, das die Funktionsfähigkeit parlamentarischer Systeme ermöglicht. Ein geschlechtergeschichtlicher Blick auf die Veränderungen des Wahlkampfstils und der politischen Kultur im allgemeinen während der letzten rund 100 Jahre dürfte den fundamentalen Wandel eindringlich vor Augen führen. Aufgabe einer politischen *Geschlechtergeschichte* wäre es vor allem, die Geringschätzung demokratisch-parlamentarischer Werte wie des Kompromisses in Deutschland in Geschlechterkonstrukten wie dem militärisch-dezisionistischen Männlichkeitsideal zu verorten und so die Institutionen- und Sozialgeschichte auch um die Dimension der politischen Mentalität zu erweitern.

73 M. Rainer Lepsius, »Parteiensystem und Sozialstruktur: Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft« (zuerst 1966), in: *Deutsche Parteien vor 1918*, hg. von Gerhard A. Ritter, Köln 1973, S. 56-80; Gerhard A. Ritter, *Die deutschen Parteien 1830-1914. Parteien und Gesellschaft im konstitutionellen Regierungssystem*, Göttingen 1985.

Dabei freilich käme es darauf an, nicht nur den historischen Wandel, sondern auch die Differenzen in einer Zeit herauszuarbeiten, also die möglicherweise sehr unterschiedliche Verankerung von Männlichkeitsbildern in den sozialmoralischen Milieus, die die politische Kultur Deutschlands zwischen der Mitte des 19. und des 20. Jahrhunderts so entscheidend prägten. Komplexe Betrachtungsweisen sind also gefragt. Welcher Zusammenhang bestand zwischen Geschlechterbildern und -praktiken, sozioökonomischen und soziokulturellen Ordnungen, staatlichen und vorstaatlichen Institutionen sowie außenpolitischen Handlungsmöglichkeiten? Inwieweit fungierte Geschlecht als abhängige oder als unabhängige Variable? Welchen Einfluß hatten Faktoren wie politische Interessen oder wirtschaftliche Strukturveränderungen auf Verschiebungen im Koordinatensystem von Männlichkeits- und Weiblichkeitsbildern (einer Zeit, einer Sozialgruppe usw.)? Inwieweit entfaltete der Wandel von Geschlechtersystemen eigendynamische Tendenzen? Solche Fragen müssen für jede historische Situation neu gestellt und differenziert beantwortet werden.

Der männergeschichtliche Blick auf die staatliche Politik kann sich freilich nicht darauf beschränken, die diskursive Absicherung von Herrschaft durch Geschlechterkonstrukte nachzuweisen. Der Androzentrismus des modernen Staates lebt gerade nicht nur von der in Symbolen, Begriffen, Texten und Bildern überall präsenten »männlichen« Darbietung seiner Politik, sondern auch davon, daß sie als selbstverständlich erscheint und insofern kaschiert wird. Eben dagegen richtet sich ja die zu Beginn dieser Ausführungen zitierte Kritik der feministischen politischen Theorie. Die Zauberformel, mit der diese

Kritik vortragen wird, kreist um den Staat als »Männerbund«, und damit um einen ideologisch sehr belasteten Begriff. Eva Kreisky etwa stellt im Hinblick auf das Ausgangsprogramm der Geschlechtergeschichte, »das Unsichtbare, nämlich die Frauen und ihre Geschichte, sichtbar zu machen«, fest: »Der formelle/informelle Frauenausschluß war so umfassend und nachhaltig, daß die institutionelle Welt immer noch als männliche Lebenswelt fortbesteht und somit das Weibliche beim besten Willen nicht sichtbar zu machen ist. [...] Wenn etwas freigelegt werden muß, dann ist es das Männliche, das sich unter dem Deckmantel der ›Neutralität‹ der politischen und bürokratischen Institutionen bis in die innersten Bereiche hinein verborgen und festgesetzt hat. Dazu bedarf es einer feministischen ›Institutionenarchäologie‹, die die formaldemokratisch verhüllten Schichten männerbündischer Strukturen und männerbündischen Verhaltens ganz nach oben kehrt.«⁷⁴

Daß dieses Anliegen berechtigt ist, dürfte kaum zweifelhaft sein. Die Frage ist nur, wie es umgesetzt werden soll. In der feministischen Debatte um den Staat firmiert der »Männerbund« als Kampfbegriff, mit dem gegen den (formellen oder informellen, erklärten oder kaschieren) Ausschuß der Frauen aus der staatlichen Politik Front

74 Eva Kreisky, »Der Staat ohne Geschlecht? Ansätze feministischer Staatskritik und feministischer Staatserklärungs«, in: *Feministische Standpunkte*, hg. von Kreisky und Sauer, S. 203–222, S. 216; Eva Kreisky, »Das ewig Männerbündische? Zur Standardform von Staat und Politik«, in: *Freimaurer. Solange die Welt besteht*. (165. Sonderausstellung des Historischen Museums der Stadt Wien, 18. September bis 10. Jänner 1993), Wien 1992, S. 31–40.

gemacht wird. Ein Instrument der politischen Rhetorik war der »Männerbund« freilich schon immer. Kreiert wurde der Begriff in Deutschland nach der Jahrhundertwende, als die Frauenbewegung zum Faktor der öffentlichen Politik wurde.⁷⁵ Mit den Namen Heinrich Schurtz, Hans Blüher und Alfred Baemler sind die wichtigsten Stationen von der Jugendbewegung bis zum Nationalsozialismus angezeigt, die der Begriff abschritt, um zu dem Kampfbegriff des frühen 20. Jahrhunderts für den Ausschuß der Frauen von der Politik zu werden. Die Männerbund-Ideologen verfochten dieses Programm in unterschiedlicher Schärfe, aber gemeinsam war ihnen die Vorstellung, daß der Staat letztlich durch Männerfreundschaften zusammengehalten werde. Deren erotische Komponenten wurden eingestanden oder gelegentlich stets jedoch erschien der männerbündische Staat als Gegenmodell zur ungestalteten, bedrohlichen, weiblich kodierten »Masse« und zur Demokratie als »Weiberherrschaft«.

75 Jürgen Reulecke, »Das Jahr 1902 und die Ursprünge der Männerbund-Ideologie in Deutschland«, in: *Männerbünde – Männerbände. Zur Rolle des Mannes in Kulturvergleich*, 2 Bde., hg. von Gisela Völger und Karin von Welck, Köln 1990, Bd. 1, S. 3–10; Jürgen Reulecke, »Männerbund versus Familie«, in: *Mit uns zieht die neue Zeit. Der Mythos Jugend*, hg. von Thomas Koebner, Rolf-Peter Janz und Frank Trommler, Frankfurt a.M. 1985, S. 199–223; beide auch zum Folgenden, zudem Bernd Wüdig, *Männerbünde und Massen. Zur Krise männlicher Identität in der Literatur der Moderne*, Opladen 1992; Ulfried Geuter, *Homosexualität in der deutschen Jugendbewegung. Jungengrundschaft und Sexualität im Diskurs von Jugendbewegung, Psychoanalyse und Jugendpsychologie am Beginn des 20. Jahrhunderts*, Frankfurt a.M. 1994.

Welchen analytischen Wert hat ein solcher Begriff? Und welchen Bezug zur politischen Praxis hatte er? Auch wenn der Männerbund-Begriff wegen seines historischen und gegenwärtigen ideologischen und agitativen Kontextes als analytisches Instrument verfanglich ist, weist er, kritisch überdacht, doch in die Richtung, in die sich jene »Institutionen-Archäologie« der Männlichkeit des Staates zu orientieren hätte. Die Männerbund-Ideologien wären dabei nicht als Tatsachenbeschreibungen, sondern als Hypothesen zu betrachten. Wenn Politik als männliche soziale Praxis untersucht werden soll, so müssten ihre vergemeinschaftenden und vergesellschaftenden Integrationsfaktoren benannt werden – ohne dabei in die alte »verschwörungstheoretische Untersuchung« zurückzufallen.⁷⁶ Gegenstand einer solchen Untersuchung wären nicht nur förmliche »Männerbünde«, gefragt werden müsste vielmehr auch nach deren loseren, informellen und latenten Formen, nach dem »Männerbundsyndrom« als Verhaltensmuster und Mentalitätsraster.⁷⁷

Aufgehellt werden müsste zum einen das emotionale Unterfutter der sich streng sachlich gebenden Berufspolitik, wobei v.a. die ethnologische Männerbund- und

⁷⁶ Vgl. Dieter Groh, »Die verschwörungstheoretische Untersuchung oder: Why do happen bad things to good people?« in: Dieter Groh, *Anthropologische Dimensionen der Geschichte*, Frankfurt a.M. 1992, S. 237–266; Johannes Rogalla von Bieberstein: »Die These von der jüdisch-freimaurerischen Weltverschwörung 1776–1945«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 25/77 vom 25. Juni 1977, S. 30–46.

⁷⁷ Sombart, »Männerbund«, S. 151; vgl. Kreisky, »Das ewig Männerbündische«, S. 36.

Freundschaftsforschung⁷⁸ Anregungen vermitteln kann: Inwieweit und unter welchen historischen Bedingungen, in welchen Phasen und Räumen wurde die politische Dynamik (oder Stagnation) durch persönliche, freundschaftliche oder anders definierte Beziehungen zwischen Männern bestimmt? Welche Rolle spielten dabei Rituale, Zeremonien, Sprachkonventionen, Geheimnisse als Integrationsvehikel?⁷⁹ Welche Bedeutung hatten Stammenskulturen, Seilschaften, Klubs, Netzwerke?⁸⁰ Und

⁷⁸ Vgl. zuletzt Miguel Vale de Almeida, *The Hegemonic Male. Masculinities in a Portuguese Town*, New York 1996.

⁷⁹ Wie sie insbesondere für das Militär, aber auch Institutionen im Vorfeld staatlicher Politik verschiedenlich untersucht wurden, vgl. etwa Ute Frevert, »Das Militär als Schule der Männlichkeit. Erwartungen, Angebote, Erfahrungen im 19. Jahrhundert«, in: *Militär und Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert*, hg. von Ute Frevert, Stuttgart 1997, S. 145–173; Klaus Theweleit, *Männerphantasien, 2 Bde.*, Frankfurt a.M. 1977/78; Thomas Kühne, »Kameradschaft – das Beste im Leben des Mannes«. Die deutschen Soldaten des Zweiten Weltkrieges in erfahrungs- und geschlechtergeschichtlicher Perspektive«, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 22 (1996), S. 504–529; Thomas Kühne, »Zwischen Männerbund und Volksgemeinschaft. Hitlers Soldaten und der Mythos der Kameradschaft«, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, 38 (1998). Weitere Hinweise in Thomas Kühne, »Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918 und seine politische Kultur: Demokratisierung, Segmentierung, Militarisierung«, in: *Neue Politische Literatur*, 43 (1998) [Im Erscheinen].

⁸⁰ Für die Bürokratie ist deren Bedeutung gelegentlich ange deutet worden, vgl. z.B. *Mensch und Organisation. Aspekte bürokratischer Sozialisation. Eine praxisorientierte Einführung in die Soziologie und Sozialpsychologie der Ver-*

welche Rolle spielten Selbst- und Feindbilder in diesen politischen Männergemeinschaften?

Die Selbstverständlichkeit, mit der die Formel vom Staat als Männerbund benutzt wird, steht in einem krassen Mißverhältnis zu konkreten Forschungen. Diese müssen freilich nicht nur das Innenleben des Männerbundes beleuchten,⁸¹ sondern auch dessen politische Wirksamkeit über das bloße Faktum seiner männlichen Exklusivität hinaus verfolgen. Die in der Formel vom Staat als Männerbund verstrickte Annahme, daß die Geschlechterdifferenz das Selbstverständnis männlicher politischer Akteure und staatliches Handeln mehr als alle anderen gesellschaftlichen und ideologischen Konfliktlinien und Zugehörigkeiten geprägt habe, müßte empirisch und differenziert überprüft, falsifiziert oder verifiziert werden. So konnten neuere Untersuchungen, die sich nicht nur mit der Oberflächenstruktur von Ideologien und Diskursen befassen, sondern deren Einbindung in politische Praxen und Strukturen ins Blickfeld nehmen, zeigen, daß selbst die SS als Kerninstitution des NS-Regimes weit weniger als im allgemeinen angenommen⁸² als Motor der Männerbündelei gewirkt hat.⁸³ Voraussetzung dafür, daß eine »Institutionenarchäologie«

des männlichen Staates sich nicht im bloßen Lamento über die Abwesenheit von Frauen verliert und auch an den traditionellen Forschungskanon der Politikgeschichte angebunden werden kann, ist die Bestimmung der politischen, sozialen und kulturellen »Reichweite« jener Männergemeinschaften: In welchem Verhältnis standen sie zu den vielen anderen kollektiven Identitäten, die die politische Dynamik bestimmten?

Die Geschlechterforschung hat immer wieder gezeigt, wie fragil historische Geschlechterbilder sind. Sie verändern sich nicht nur mit der Zeit, sondern es konkurrieren auch in einer Zeit stets verschiedene Bilder von Männlichkeit und Weiblichkeit, auch wenn sie nicht gleichberechtigt nebeneinanderstehen, sondern hierarchisch angeordnet sind. Andererseits war auch der Staat und sein institutionelles, soziales und symbolisches Umfeld kaum einmal identisch mit jenem homogenen Gebilde, das die Formel vom Staat als Männerbund suggeriert. Wie also verhielten sich Männlichkeitsideale und Männergemeinschaften zur Segmentierung und Fragmentierung der politischen Kultur, zu den sozioökonomischen und soziokulturellen (klassenspezifischen, konfessionellen, regionalen) Grundlagen politischer Gegensätze und Einigungen? Wie weit reichen Männlichkeitsbilder und männerbündische Vergemeinschaftungen, inwieweit überbrückten (oder vertieften) sie die Gräben zwischen den politischen Kontrahenten und Lagern? Inwieweit transzendierten manifeste oder latente »Männerbünde« soziokulturelle, klassenmäßige, konfessionelle und ideologische Scheidelinien des politischen Betriebes? Welche Rolle spielten etwa parteiübergreifende und parteiinterne »Männerbünde« in der politischen Geschichte Deutsch-

waltung, hg. von Horst Bosetzky und Paul Heinrich, 5. überarb. Aufl., Köln 1994, S. 201-209.

81 Wie dies etwa Isabel Hull für den Liebenberg-Kreis um Wilhelm II. getan hat: Isabel V. Hull, *The Entomirage of Kaiser Wilhelm II. 1888-1918*, Cambridge 1982.

82 Reinhard Greve, »Die SS als Männerbund«, in: *Männerbünde – Männerbände*, hg. von Völger und Welck, S. 107-112.

83 Vgl. Schwarz, *Frau*.

lands?⁸⁴ Und in welchem Verhältnis stand die politische Praxis des Männerbundes in der deutschen Politik vor und nach 1900 zu dem aufgeblähten männerbündischen Diskurs dieser Zeit: War er – wie meist angenommen wird – ein Spiegelbild der politischen Praxis oder kompensierte er deren männerbündische Defizite?

IV.

Stellt sich die Politikgeschichte der Herausforderung der Geschlechterforschung, so erweitert sich ihr thematisches, konzeptionelles und methodisches Spektrum in mehrfacher Hinsicht: Die Suche nach den Frauen in der Geschichte der staatlichen Politik hat erstens die Bedeutung »weiblicher«, in mehr oder weniger großer Distanz zur institutionalisierten Partizipation am staatlichen Handeln stehender Politikformen und die Verschränkungen »privater« und »öffentlicher« Politik nachgewiesen und damit die Grundlagen für eine prinzipielle Erweiterung und Neudefinition des traditionellen Politikbegriffs gestiftet. Sie hat zweitens gezeigt, daß staatliches Handeln nicht nur Klassen, Regionen, Konfessionen oder Altersgruppen, sondern auch die Geschlechter

84 Die Freimaurer stellen den Musterfall eines dem Anspruch nach Klassen und politische Lager übergreifenden »Männerbundes« dar. Leider sind sie für die neuere deutsche Geschichte, soweit ich sehe, durch Untersuchungen, die von den skizzierten Fragestellungen auszugehen hätten, noch nicht untersucht, vgl. *Freimaurer. Solange die Welt besteht*, für Nordamerika vgl. z.B. Mary Ann Clawson, *Constructing Brotherbood. Class, Gender, and Fraternalism*, Princeton 1989.

höchst unterschiedlich ansprach und damit als zentraler Faktor der Geschlechterordnungen wirkte. Ein dritter Anstoß, der von jener Suche ausgeht, zielt auf eine Schwerpunktverlagerung des Interesses der Politikgeschichte: weg von der Rekonstruktion politischer Entscheidungsprozesse und institutioneller Strukturen, hin zu den – in die Geschlechterordnung eingelassenen – diskursiven und symbolischen Ebenen des staatlichen Handelns und politischer Konflikte, zur politischen Wirksamkeit historisch varrierender Bilder und Vorstellungen von Weiblichkeit und Männlichkeit. Viertens schließlich läßt sich die Formel vom Staat als Männerbund als Aufforderung begreifen, die soziale Praxis staatlicher Institutionen in ihren geschlechtsspezifischen, auch subjektiven Perspektiven zu untersuchen und – angeleitet nicht zuletzt durch die neuere Kulturanthropologie – nach dem emotionalen, rituellen und habituellen Koordinatensystem der Berufspolitik zu fragen. Die ersten beiden Punkte dieser Forschungsagenda sind Gegenstand einer Vielzahl innovativer Untersuchungen. Beim dritten Punkt sind Ansätze dazu erkennbar, beim vierten dagegen hat die Forschung noch nicht einmal das Geburtsstadium erreicht.

Die Geschlechtergeschichte interessiert sich für die gesellschaftliche und politische Wirksamkeit des Gegensatzes zwischen Männern und Frauen als eines Konstruktions: die Politikgeschichte interessiert sich für das Funktionieren des Staates und die Mechanismen des staatlichen Handelns. Dieses ist in vielerlei Hinsicht in die symbolischen und praktischen Dimensionen von Geschlechterordnungen eingelassen, aber es geht nicht in der Kategorie Geschlecht auf. Eine auf diese Kategorie

reflektierende Politikgeschichte muß vielmehr stets deren Beziehungen zu anderen kollektiven Identitätskonstrukten mitbedenken. Die Frage lautet: Wie also lassen sich die im staatlichen Handeln und auf die staatlichen und vorstaatlichen Institutionen bezogenen Leitbilder von Männlichkeit und Weiblichkeit gesellschaftlich, im Gefüge von Klassen, Schichten, Generationen, Konfessionen, Regionen und Nationen verorten?

Die geschlechtergeschichtliche Erweiterung der Politikgeschichte hat sich bisher weitgehend auf die normativen und institutionellen Grundlagen der Politik sowie ihre Themenfelder, also auf den *out-put* staatlichen Handelns beschränkt. Auf die *politics*, auf Entscheidungs- und Situationsanalysen kann freilich keine Politikgeschichte verzichten. Wie symbolische Ebenen der Geschlechterordnungen im politischen Prozeß der staatlichen Entscheidungsfindung wirksam waren, und in welcher Weise etwa das private Koordinatensystem staatlichen Handelns die Austragung der Konflikte zwischen Regierungen und Regierungsmitgliedern, Parlamenten, Parteien und Parteiflügeln, Interessenverbänden und Massenmedien geprägt haben, ist ein Problem, auf das bisher nicht nur theoretisch kaum reflektiert, sondern das auch empirisch kaum angegangen wurde. Künftiger, um die Synthese politik- und geschlechtergeschichtlicher Ansätze bemühter Forschung bietet sich ein breites Arbeitsfeld, wenn sie sich nur nach der Wirkung des Staates auf die Geschlechterordnungen fragt, sondern das komplementäre Problem ebenso einbezieht: Welche Männer oder Frauen, welche männlichen und weiblichen Erfahrungen, Vorwissen, Erfahrungen und Vergesellschaftungen, welche Herrschaftspraktiken, welche Männlich-

keits- und Weiblichkeitsbilder prägten Regierungen, Verwaltungen, Parlamente, Parteien, politische Konflikte und Kompromisse, Entscheidungen und *non-decisions*, Akteure, Aktionen und Interaktionen?